

Am 6. November 2013 fand der diesjährige ifo Branchen-Dialog statt, wiederum unterstützt vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie sowie der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern. Über 200 Vertreter aus Wirtschaft und Politik nahmen daran teil. Wie üblich folgten auf Ausführungen zu gesamtwirtschaftlichen Themen vier Foren zur Industrie und zum Handel sowie zur Bauwirtschaft und zu den Dienstleistungen. Eine Zusammenfassung der Tagung bringt der vorliegende Bericht. Der nächste ifo Branchen-Dialog wird am 5. November 2014 stattfinden.

Einführung und Begrüßung

Dr. Eberhard Sasse, Präsident der IHK München und Oberbayern

Drei Themen erscheinen für die Wirtschaft in Bayern, aber auch in Deutschland insgesamt derzeit nach Sasse besonders wichtig: 1) die Haushaltspolitik 2) die Arbeitsmarktpolitik und 3) die Energiepolitik.

Zu 1): Deutschland hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Eine Konsolidierung muss daher durch einen Abbau von Ausgaben erfolgen. Die freiwerdenden Mittel sollten einerseits zum Schuldenabbau, andererseits für Investition in Bildung, Forschung und Infrastruktur und zum Abbau der kalten Progression verwendet werden. Die Wirkung der kalten Progression werde nach verschiedenen Berechnungen auf rund 7,5 bis 9 Mrd. Euro geschätzt. Dies ist nach Sasse einer der Gründe, weshalb die derzeitige Kassenlage vom Bund gut aussieht, der private Konsum allerdings nicht so stark anzieht, wie es der Beschäftigungsstand und die Lohnerhöhungen erwarten lassen würden.

Zu 2) Gerade in Zeiten hoher Unsicherheit und vor dem Hintergrund weltweiter Vernetzung sind die Unternehmen auf Flexibilität angewiesen. Da hilft der Einsatz von Werkverträgen, Zeitarbeit und befristeter Beschäftigung, wenn es darum geht, konjunkturelle Schwankungen abzufedern. Weitere staatliche Reglementierungen können die derzeitige Erholung gefährden und den Motor der Unternehmen abwürgen. Auch sollten diese Beschäftigungsformen nicht als »schlecht« oder »prekär« verunglimpft werden. Man kann nicht von anderen Ländern mehr Flexibilität fordern und sie gleichzeitig im eigenen Land reduzieren.

Zu 3) Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt. Da ist langfristiges Denken angesagt. Demgegenüber erscheinen die

Abb. 1



Dr. Eberhard Sasse, Präsident der IHK München und Oberbayern

Zeitintervalle der bisherigen Entscheidungen unverhältnismäßig kurz und sogar kurzatmig. Das belastete den unternehmerischen Geist und lähmte Entscheidungen für die Zukunft. Auch wenn es mittlerweile in Vergessenheit geraten ist: Die Marktkräfte seien durchaus in der Lage, effiziente Lösungen zu finden. Vor allem bei der Energieversorgung müsse wieder mehr Wettbewerb anstelle staatlicher Lenkung das Motto sein.

Im Anschluss daran referierte Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts, zum Thema »Die Entwicklung der Weltwirtschaft und die Situation in Deutschland und Europa«.

Abb. 2



Prof. Dr. Dr. hc. mult. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts

Branchenforum 1: Konjunkturelle Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe

Hans-Dieter Karl und Hans-Günther Vieweg

Das Verarbeitende Gewerbe schwenkt wieder auf Wachstumskurs ein

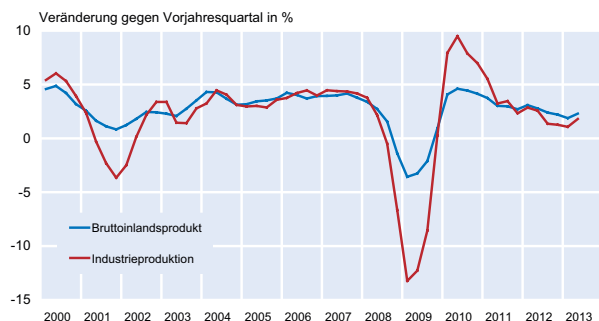
Nach einem Rückgang der Produktion in den vergangenen beiden Jahren kehrt die Industrie wieder auf den Expansionspfad zurück. Für 2014 und 2015 wird mit einer wachsenden Produktion gerechnet. Die Industrie in Deutschland hat sich in den unruhigen Zeiten mit der 2008 einsetzenden Finanzkrise, die nahtlos in die Banken- und Staatsschuldenkrise der Eurozone überging, als stabilisierendes Element erwiesen. Dies gab den Anlass, die Situation der Industrie in Deutschland unter der Überschrift »Bewährung in schwierigem Umfeld« auf dem Branchen-Dialog mit Industrievertretern zu diskutieren. Denn trotz der Reformen Mitte des letzten Jahrzehnts ist Deutschland weiterhin ein Hochlohnland mit einer hohen Abgabenbelastung und aufgrund der Energiewende stark gestiegenen Stromkosten. Die Verhandlungen zur Bildung der großen Koalition geben Anlass zur Sorge, dass die Kompromisse von CDU/CSU und SPD teuer werden. Anstatt Vorsorge für den demographischen Wandel und die Verpflichtungen zu treffen, die Deutschland im Rahmen der Eurokrise eingegangen ist, sollen soziale Wohltaten verteilt werden.

Dem weltweiten Konjunkturerinbruch, bei dem die Industrieproduktion 2009 global um ein Zehntel sank, folgte eine unerwartet starke Erholung, die allerdings im Verlauf des Jahres 2011 wieder an Dynamik verlor. Die massiven Versuche der Zentralbanken, die Wirtschaft auf dem Wachstumspfad zu halten, schienen lange Zeit nicht zu wirken. Dies verunsicherte die Akteure, obwohl beispielsweise die Fed mit massiven Aufkäufen von Staatspapieren die langfristigen Zinsen in den USA auf ein extrem niedriges Niveau brachte. Dementsprechend löste die Ankündigung der Fed, das »Quantitative Easing« ab Herbst 2013 schrittweise zu reduzieren, im Sommer unmittelbar Turbulenzen auf den Finanz- und Devisenmärkten aus.

Es wurde die Gefahr gesehen, dass die Weltkonjunktur durch die US-Notenbankpolitik abgewürgt wird. Insbesondere die Schwellenländer mit Leistungsbilanzdefiziten waren davon betroffen, die Auswirkungen zeigten sich aber auch in außenwirtschaftlich starken Volkswirtschaften wie China. In der Folge rückte die Fed von ihrem Vorhaben ab, und die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbesserten sich. Das Vertrauen in die Zukunft ist gestiegen, und die Frühindikatoren signalisieren eine robuste Konjunkturerholung. Hinzu kommt, dass mit der Entscheidung für die Nach-

Abb. 3

Weltkonjunktur und Industrieproduktion



Quelle: Goldman Sachs; Berechnungen des ifo Instituts.

folgerin des US-Notenbankchefs auch eine Entscheidung für eine eher lockere Geldpolitik getroffen wurde.

Die Aufhellung der weltwirtschaftlichen Perspektiven ist für das Verarbeitende Gewerbe mit seiner stark zyklischen Geschäftstätigkeit von besonderer Bedeutung. Die jüngste Abflachung des Wachstums war stärker als in anderen Sektoren ausgeprägt, und eine Wende zum Besseren deutet sich erst seit wenigen Monaten an.

Die zwischen den entwickelten Volkswirtschaften und den Schwellenländern in den vergangenen Jahren bestehende Kluft in der Wachstumsdynamik hat sich nicht verringert. Gesamtwirtschaftlich geht die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose in ihrem Herbstgutachten 2013 für die erste Ländergruppe von einem BIP-Zuwachs von 1,0% und von 1,8% für 2013 bzw. 2014 aus, bei den Schwellenländern von 4,7% und von 5,2%. Ähnliche Unterschiede in der Wachstumsdynamik bestehen auch bei der Industrieproduktion zwischen den reifen Volkswirtschaften und den Schwellenländern.

Die US-Industrie war nach dem Platzen der amerikanischen Immobilienblase und der folgenden Finanzkrise 2009 in eine tiefe Rezession gestürzt. Die durch staatliche Stützungsmaßnahmen initialisierte Erholung hatte zu einem Aufschwung geführt, der allerdings schon seit Ende 2010 wieder an Kraft verlor. Nach einem Zuwachs der Industrieproduktion um 5,7% (2010) wurde 2011 nur ein Plus von 3,4% erreicht. Etwas beschleunigt expandierte die Industrie 2012 und war damit bemerkenswert dynamisch, sie übertraf das Wachstum der meisten Industrieländer deutlich. 2013 kam es im ersten Halbjahr zu einer – allerdings zeitlich begrenzten – Dämpfung der Expansion.

Die **US-Industrie** profitiert von nennenswert verbesserten Rahmenbedingungen, wie einem niedrigen Zinsniveau und gesunkenen Energiekosten. Neue Fördertechnologien, wie das Horizontalbohren und die Erschließung von Schiefergasvorkommen seit 2005, tragen zu dieser Entwicklung bei. Investitionen in neue Kraftwerke und die Transportinfrastruktur

Abb. 4

Konjunkturindikatoren für die US-Industrie

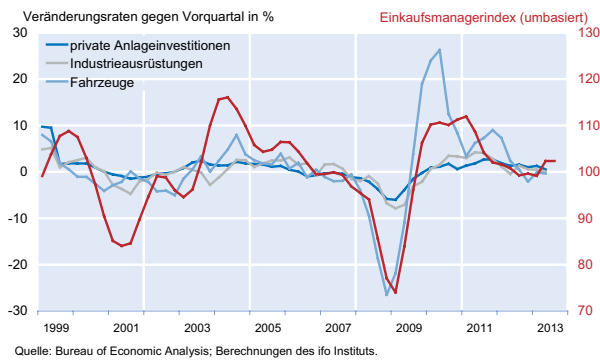
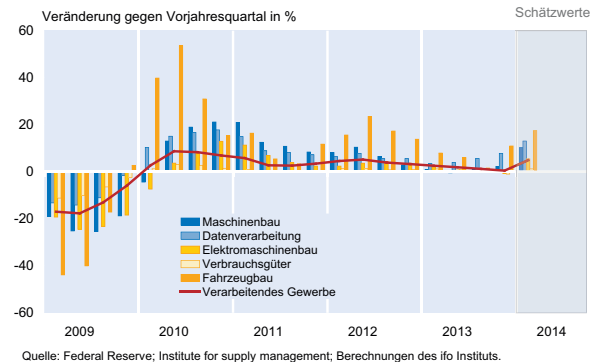


Abb. 5

Industrieproduktion der USA



tur fördern die Nachfrage nach Maschinen und Ausrüstungen. Nach einer gesamtwirtschaftlich nachlassenden Investitionstätigkeit 2012 und einem schwachen Jahr 2013 wird mit einer deutlichen Ausweitung der Investitionstätigkeit im kommenden Jahr gerechnet.

Während von der Geldpolitik expansive Effekte zu erwarten sind, belasten die Querelen um das Thema der Schuldenobergrenze das Vertrauen der Wirtschaftssubjekte. Die Akteure gehen zwar davon aus, dass die Politiker nicht die Verantwortung für eine Weltwirtschaftskrise auf sich nehmen und immer wieder einen Kompromiss in letzter Sekunde finden werden. Dennoch wird es wie in der Vergangenheit in zeitlicher Nähe zu einem Entscheidungsdatum zu einer Verunsicherung kommen. Budgetkürzungen sowie das Einfrieren von Zahlungen für die für die USA wichtige Rüstungsindustrie können zeitweise negativ auf die gesamte Wirtschaft ausstrahlen.

Die Perspektiven für die US-Industrie haben sich im Verlauf von 2013 grundlegend verbessert. Der Einkaufsmanagerindex ist seit Mai von 49,0 auf 56,2 angestiegen. Der Indikator ist damit von Kontraktion auf Wachstum umgeschlagen. Die Investitionsgüterindustrie meldet steigende Aufträge aus dem In- und Ausland. Die privaten Haushalte kaufen ver-

mehrt Möbel und elektrische Haushaltsgeräte, ein Indiz für das Abklingen der Immobilienkrise. Der Fahrzeugbau profitiert von einem gestiegenen Konsumentenvertrauen. Besonders die drei amerikanischen Hersteller, die in der Absatzkrise zu einer schmerzhaften Konsolidierung gezwungen waren, erfreuen sich einer wachsenden Nachfrage nach den großen, traditionellen SUVs. Diese wird nicht nur durch neue Modelle, sondern auch durch gesunkene Treibstoffpreise getrieben, die den Nachteil hoher Verbräuche im Vergleich mit ausländischen Fahrzeugen reduzieren. Die US-Industrieproduktion kann aus Sicht des ifo Instituts im Durchschnitt 2013 preisbereinigt um 2,7% zulegen.

Unter der Annahme, dass die Verhandlungen von Demokraten und Republikanern zur Schuldengrenze zeitlich beschränkt bleiben und nicht auf die Spitze getrieben werden, wird 2014 die Industrie ihre Produktion stetig ausweiten können. Das gefestigte Vertrauen von Verbrauchern und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen bieten gute Voraussetzungen für eine steigende Binnennachfrage. Die Entschuldung der privaten Haushalte und der privaten Unternehmen ist im Gegensatz zu der öffentlichen Hand gut vorangekommen. Außenwirtschaftlich wird die Preiswettbewerbsfähigkeit der US-Industrie durch den schwächeren US-Dollar gestärkt, so dass von insgesamt verbesserten

Tab. 1

Entwicklung der Industrieproduktion in führenden Volkswirtschaften

Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr in %

	2012					2013					2014
	1. Q	2. Q	3. Q	4. Q	Jahr	1. Q	2. Q	3. Q	4. Q	Jahr	Jahr
EU 27	-1,2	-2,3	-1,9	-3,1	-2,1	-2,3	-0,7	-2,0	-1,0	-1,5	1,8
Deutschland	1,5	-0,4	-1,4	-2,4	-0,7	-1,9	-0,6	-1,5	2,1	-0,5	3,0
USA	4,6	5,2	3,9	3,3	4,3	4,9	-0,3	2,0	4,1	2,7	3,5
Japan	6,6	6,8	-3,9	-5,9	0,9	-7,8	-3,1	0,9	8,1	-0,5	3,8
China	11,6	9,5	9,1	10,0	10,1	9,6	9,1	9,2	8,4	9,0	9,5
Asien, Schwellenländer ^{a)}	1,5	1,5	-0,7	6,8	2,3	1,7	4,5	5,3	6,0	4,4	6,6

^{a)} Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand.

Quelle: Nationale statistische Büros; Goldman Sachs; ifo Institut.

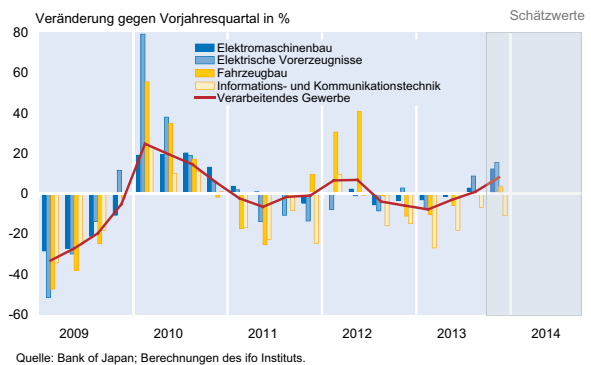
Absatzbedingungen ausgegangen werden kann. In konstanten Preisen wird ein Zuwachs der US-Industrieproduktion 2014 in Höhe von 3,5% erwartet (vgl. Tab. 1).

Unter den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften hatte die **japanische Industrie** 2009 den bei weitem schärfsten Einbruch erlitten, allerdings war auch der Erholungsprozess 2010 mit einem Anstieg der Produktion um mehr als ein Fünftel wesentlich stärker ausgeprägt. Die Entwicklung war breit angelegt und wurde vom Fahrzeugbau, der Investitionsgüterindustrie ebenso wie von der Informations- und Kommunikationstechnik getragen. Der Tsunami und die dadurch ausgelöste Havarie mehrerer Kernkraftwerke verursachten einen Stillstand in Teilen der Industrie, so dass ein Rückgang der preisbereinigten Industrieproduktion im Durchschnitt von 2011 um 2,7% gegenüber dem Vorjahr nicht zu vermeiden war. Wegen der Katastrophen übertraf die Industrieproduktion in der ersten Hälfte 2012 den sehr niedrigen Vorjahreswert. Im zweiten Halbjahr kam es zu einem Rückschlag, der in seinem Ausmaß nicht zu erwarten gewesen war. Im Durchschnitt des Jahres war die Industrieproduktion nur um magere 0,9% ausgeweitet worden. Die rückläufige Tendenz aus dem zweiten Halbjahr 2012 setzte sich bis Mitte 2013 fort.

Die langen Jahre wirtschaftlicher Agonie in Japan – gekennzeichnet durch eine hartnäckige Deflation – sollen mit der unter Shinzo Abe Ende 2012 ins Amt gekommenen Regierung zu Ende gehen. Die unter dem Begriff der »Abenomics« verfolgte Politik versucht über das Aufkaufen von Staatspapieren seitens der Zentralbank die Zinsen niedrig zu halten. Gleichzeitig wird mittels expansiver Fiskalpolitik die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimuliert. Dies erfordert – angesichts einer Staatsschuldenquote von über 200% – allerdings eine Anhebung von Steuern und Abgaben im kommenden Jahr. Zusätzlich – aber nur langfristig wirkend – soll über eine wachstumsorientierte Politik die Wirtschaft aus der Stagnation herausgeführt werden. Gegenwärtig ist es noch viel zu früh, um etwas über die langfristigen Erfolgsaussichten zu sagen, insbesondere die avisierten Steuererhöhungen hängen wie ein Damoklesschwert über der japanischen Wirtschaft.

Die geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen haben zu einer Abwertung der japanischen Währung und damit zu einer Stärkung der Preiswettbewerbsfähigkeit Japans als Produktionsstandort geführt. In der Folge ist die Nachfrage aus dem Ausland angesprungen. Hiervon profitieren insbesondere die Hersteller von Maschinen, Ausrüstungen und Fahrzeugen, allerdings weist die Binnennachfrage noch nicht auf eine Trendwende hin. Im Gegensatz zu den steigenden Aufträgen aus dem Ausland gehen die Inlandsaufträge für Maschinen weiter zurück. Die einstmals weltweit führende japanische Konsumelektronikindustrie kann dagegen den Währungsvorteil bisher nicht ausschöpfen. Eine Trendwende bei der

Abb. 6

Industrieproduktion Japans

Industrieproduktion deutet sich für das letzte Quartal an, die allerdings nicht mehr verhindert, dass 2013 mit einem leichten Minus von 0,5% abgeschlossen werden muss.

Die positiven Effekte der Abenomics sind bisher nur bei den großen, überwiegend exportorientierten Unternehmen angekommen, die wirtschaftliche Lage der kleineren Unternehmen hat sich nicht verbessert. Sie leiden vielfach unter gestiegenen Preisen für Vorerzeugnisse aus dem Ausland und Energie. Ihr Absatzmarkt ist überwiegend das Inland. Dort besteht für die gegenwärtige Belebung das Risiko, dass die geplante Anhebung der Verkaufssteuer 2014 die Binnenkonjunktur abwürgt. Das gesplante Geschäftsklima schlägt sich auch im Tankan-Bericht vom September nieder. Einer deutlichen Aufhellung der Perspektiven der großen Unternehmen steht bei den mittelgroßen Unternehmen ein neutraler Ausblick gegenüber, während für die kleinen Unternehmen die negativen Meldungen überwiegen, wenn sie auch nicht mehr so schlecht sind wie noch im Juni 2013. Die Produktion der Industrie sollte 2014 in Verbindung von günstiger Weltkonjunktur und Yen-Abwertung deutlich beschleunigt, mit 3,7%, zulegen können.

Die Ankündigung der Fed im Frühsommer 2013, den Kauf von Staatspapieren ab Herbst zu reduzieren, hatte die sich in einer Phase schwächeren Wachstums befindenden Wirtschaft Chinas verunsichert. Inzwischen ist wieder Vertrauen eingekehrt. Die Regierung hat einige Maßnahmen ergriffen, wie Steuersenkungen für Kleinunternehmen, den Ausbau der Infrastruktur, namentlich der Eisenbahn, und den Abbau von Bürokratie, im Schwerpunkt für exportierende Unternehmen. Die Industrieproduktion, die im Verlauf des Jahres deutlich an Fahrt verloren hatte, zeigt in den letzten Monaten wieder eine stärkere Dynamik. Die beiden Einkaufsmanagerindizes, der offizielle des chinesischen statistischen Amtes ebenso wie der von der HSBC erhobene, weisen auf eine expansive Geschäftstätigkeit hin. 2013 kann die **chinesische Industrieproduktion** voraussichtlich mit 9,0% expandieren. Steigende Auftragsbestände und eine nur leichte Entspannung bei den Zulieferungen stützen die Annahme einer Fortsetzung der Expansion für das kommende Jahr.

Die Rahmenbedingungen lassen nicht auf eine starke Beschleunigung schließen. Es besteht weiterhin die Notwendigkeit, Geldversorgung und Kreditvergabe zu kontrollieren, so dass nur mit einer gezielten Expansion gerechnet werden kann. Hinzu kommt, dass die Regierung das gegenwärtig ungleichgewichtige, von Industrie und Exporten getriebene Wachstum, überwinden möchte, d.h. eine andere Gewichtung bei der Verteilung der Ressourcen anstrebt. Für 2014 wird mit einem Plus bei der Industrieproduktion von 9,5% gerechnet.

Die Schwellenländer Asiens¹ hatten im Krisenjahr 2009 einen Rückgang der Industrieproduktion von nur 3,3% erlitten, der schon im Folgejahr mit einem Plus von 14,8% mehr als kompensiert wurde. Seitdem hat – wie andernorts – das Wachstum an Dynamik verloren. Erst im Verlauf von 2012 zeichnete sich eine Trendwende ab. In der Summe wird die Industrieproduktion der asiatischen Schwellenländer 2013 – nach einem schwachen ersten Halbjahr – um 4,4% expandieren. Erst 2014 wird mit einem Plus von 6,6% wieder das frühere Wachstumstempo erreicht.

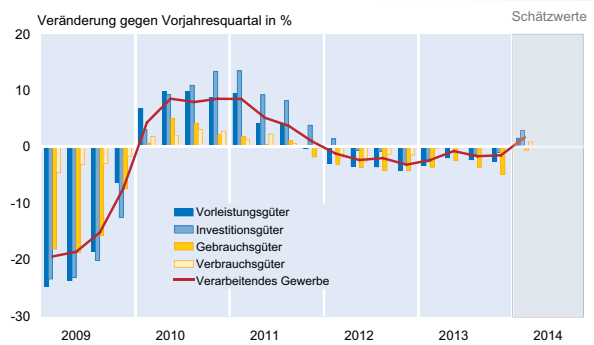
Die **Industrieproduktion der EU 27** hatte sich nach dem scharfen Einbruch 2009, wie in anderen Volkswirtschaften, schnell erholt. Allerdings war sie nicht ausreichend kräftig, um das Rekordniveau von 2008 wieder zu erreichen. Die Produktion hatte 2011 ihren Kulminationspunkt überschritten, lag im Mittel des Jahres aber noch 5,5% unter dem Niveau von 2008. Seitdem ist die Produktion auf Talfahrt. 2012 wurde mit einem Minus von 2,1% abgeschlossen. Die Ursache liegt in der sehr unterschiedlichen Entwicklung in den Mitgliedstaaten. Die Krisenländer mussten harsche Rückschläge hinnehmen, wobei insbesondere die großen Staaten ins Gewicht fallen, Italien und Spanien mit 6,3% und 6,0%. Aber auch in Frankreich, Schweden und Großbritannien verlor die Industrie an Boden. Deutschland kam mit einem Minus von 0,7% vergleichsweise glimpflich davon. Demgegenüber konnten sich einige der nach 2004 beigetretenen Staaten – die eng mit der deutschen Industrie verflochten sind – gut behaupten. Polen, Rumänien und die slowakische Republik konnten sogar zum Teil kräftige Zuwächse verbuchen.

2013 hat sich die Talfahrt in einigen der sich in einer Anpassungskrise befindenden Länder verlangsamt. Der Konsolidierungsprozess hat vor allem in Spanien Fortschritte gemacht, so dass von einem Durchschreiten der Talsohle 2014 ausgegangen werden kann. Die portugiesische Industrie hat in den letzten Monaten leichte Zuwächse erzielen können. In Italien zeigt sich dagegen kein klarer Trend, auch wenn 2013 der Rückgang deutlich geringer als im Vorjahr ausfallen wird. Nachdem auch Deutschland einen leichten Rückgang wieder nicht vermeiden kann, wird 2013 die Industrie-

¹ Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand.

Abb. 7

Industrieproduktion der EU 27



Quelle: European Commission; Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

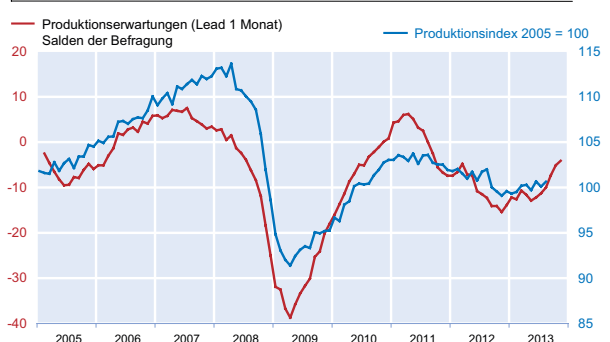
produktion der EU 27 mit einem voraussichtlichen Minus von 1,5% abschließen.

Der Vertrauensindikator aus dem europäischen Konjunkturtest hatte Anfang 2011 nach dem Einbruch 2008 seinen letzten Höhepunkt erreicht. In der Folgezeit hatten sich die Perspektiven für die Unternehmen eingetrübt. In wenigen Monaten waren die Saldenwerte der Unternehmensmeldungen ins Minus gerutscht. Eine Trendwende deutete sich erst Ende 2012 an. Seitdem sehen die Unternehmen wieder vermehrt optimistisch in die Zukunft. Auch wenn der Vertrauensindikator noch im negativen Bereich ist, kann von einem Ende des Abschwungs ausgegangen werden. Fortschritte beim Konsolidierungsprozess in den europäischen Krisenländern und eine günstigere Weltkonjunktur werden dazu beitragen, dass die Industrie der EU 27 mit einem Plus von 1,8% wieder auf den Wachstumspfad zurückfindet.

Unter Berücksichtigung der Krise im Euroraum befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer vergleichsweise guten Verfassung; nach dem kräftigen Wachstum 2011 ist sie zwar 2012 nur wenig, aber immer noch stärker gewachsen als alle anderen großen Volkswirtschaften der Europäischen Union. Eine Grundlage für diese Entwicklung ist der stabile Zustand des **Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland**,

Abb. 8

Konjunktur der EU-27-Industrie: Verbesserte Aussichten



Quelle: Eurostat; GD ECFIN; Berechnungen des ifo Instituts.

das seine internationale Wettbewerbsposition weiter deutlich verbessern und seine Stellung auf den Weltmärkten festigen konnte. Dadurch ist der Anteil der industriellen Bruttowertschöpfung an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in Deutschland überdurchschnittlich hoch und übertrifft die entsprechenden Quoten in anderen großen Ländern Europas spürbar: 2012 ging dieser Anteilswert leicht auf 22,4% zurück, und im ersten Halbjahr 2013 lag er nur wenig darunter. Die industrielle Wertschöpfung war 2012 real um 0,7% gesunken, während das BIP um den gleichen Prozentsatz gestiegen war.

Das industrielle Produktionsvolumen in Deutschland – gemessen am (realen) Produktionsindex der amtlichen Statistik – war nach der kräftigen Expansion 2011 im Jahr 2012 parallel zur Wertschöpfung um 0,7% zurückgegangen, was vor allem auf die Abschwächung im zweiten Halbjahr 2012 zurückzuführen war. Der negative Trend hat sich 2013 fortgesetzt, eine durchgreifende konjunkturelle Besserung hat sich in den Produktionszahlen bisher nicht niedergeschlagen. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres blieb die reale Produktion mit einem Minus von 1,3% noch unter dem Stand der entsprechenden Vorjahresperiode.

Da die Nachfrage derzeit leicht nach oben zeigt, ist damit zu rechnen, dass die Phase der rückläufigen Industrieproduktion ein baldiges Ende findet. 2012 war der reale Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes, nach einem Anstieg um 7% im Jahr 2011, um 3,5% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, wobei sich die Nachfrage deutlich in der zweiten Jahreshälfte abschwächt hatte. In den ersten acht Monaten des Jahres 2013 stiegen die Order leicht um 0,7% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Produktion wird an das Auftragsplus angepasst bis zum Jahresende leicht zulegen.

Die Erhöhung der Auslandsnachfrage hat zunächst, wie in früheren Jahren, zu der gegenwärtigen Stabilisierung bzw. Ausdehnung der Industrieproduktion stärker als die Inlandsnachfrage beigetragen. Der Index des realen Auftragseingangs aus dem Ausland war im Jahresdurchschnitt 2012 noch um 2,6% gesunken. Die Bestellungen aus dem Ausland haben sich damit aber 2012 weniger schlecht entwickelt als der gesamte Auftragseingang.

Insgesamt nahmen die Auslandsorder in den ersten acht Monaten 2013 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 1,9% zu. Die Aufträge aus der Eurozone sind in den ersten acht Monaten 2013 um 0,9% zurückgegangen. Die Bestellungen aus anderen Regionen expandierten um 4,1%.

Im Jahr 2012 hatte die inländische Nachfrage nach Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes stärker als die Auslandsorder abgenommen. Auch im laufenden Jahr ging sie weiter zurück. Nach einem Minus von 4,2% im Jahresdurch-

schnitt 2012 belief sich in den ersten acht Monaten 2013 das reale Minus auf 1,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Am besten schnitt in diesem Zeitraum mit einem Rückgang von 0,9% noch die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern ab. Etwas größere Einbußen waren bei der Nachfrage nach Konsumgütern um 1,5% und nach industriellen Vorleistungsgütern um 1,4% festzustellen.

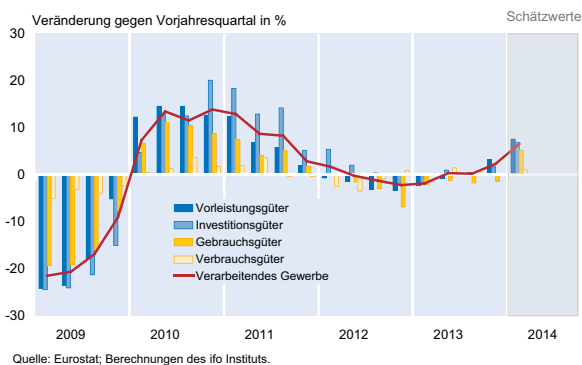
Das immer noch hohe Niveau der Industrieproduktion wirkte sich positiv auf die Beschäftigung aus. So wurde die Zahl der Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe 2012 um 2,4% gesteigert, nach dem Anstieg um 3,0% im Jahr 2011. Die geleisteten Arbeitsstunden nahmen 2012 deutlich weniger stark um 1,1% zu. In den ersten acht Monaten des Jahres 2013 schwächte sich der Beschäftigungsaufbau merklich ab; gegenüber dem Vorjahreszeitraum wurden 0,7% mehr Erwerbstätige registriert, die geleisteten Arbeitsstunden waren aber um 0,5% geringer als im Vorjahr. Angesichts des erwarteten Anstiegs der industriellen Produktion könnte sich der Personalbestand auf dem gegenwärtigen Niveau stabilisieren, es könnte aber auch zu einer höheren Ausnutzung des Personals durch eine überproportionale Ausweitung der Arbeitsstunden kommen.

Der Geschäftsklimaindex des ifo Instituts für das Verarbeitende Gewerbe, in dem die Urteile zur aktuellen Geschäftslage und die Einschätzungen der Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate zusammengefasst sind, spiegelt die aktuelle Entwicklung gut wider. Seit den negativen Werten im letzten Quartal 2012 hat der Geschäftsklimawert seit Anfang 2013 ein positives Vorzeichen angenommen. Dabei wurde die aktuelle Geschäftslage das ganze Jahr über bis zu den jüngsten Meldungen vom November 2013 per saldo gut beurteilt. Bei den Geschäftserwartungen hat sich eine überwiegend optimistische Grundhaltung durchgesetzt, zu einem Gutteil auch getragen durch die Hoffnungen auf ein besseres Exportgeschäft. Die aktuell positiven Einschätzungen werden allerdings durch Meldungen der Testteilnehmer über etwas zu große Lagerbestände ein wenig getrübt.

Die positive Ausprägung des Geschäftsklimaindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2013 findet seine Entsprechung in der einsetzenden Belebung der Weltwirtschaft, die auf eine stärker zunehmende Nachfrage in den großen Industrieländern zurückzuführen ist; dazu kommt die wieder stärkere Dynamik in den Schwellenländern. Die deutsche Produktion schwächte sich im bisherigen Verlauf dieses Jahres zwar ab, die Zunahme der Bestellungen hat sich aber bereits in den Meldungen zum ifo Konjunkturtest über die Produktionsplanungen niedergeschlagen, die zuletzt einen leichten Anstieg signalisieren. Nach der Hochrechnung der vom ifo Institut durchgeführten Branchenschätzungen ist für das **Verarbeitende Gewerbe** insgesamt mit einem Rück-

Abb. 9

Industrieproduktion Deutschlands



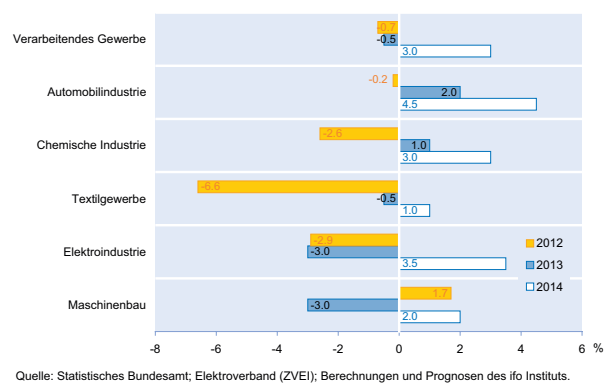
gang der industriellen Produktion im Jahresdurchschnitt 2013 von real 0,5% zu rechnen.

Die Schuldenkrise im Euroraum ist bisher nicht gelöst, die EZB hat aber mit ihrer Ankündigung, den Euro massiv zu verteidigen, die Lage an den Finanzmärkten beruhigt und zu einer Verringerung der Unsicherheiten beigetragen. Die Produktion im Euroraum hat erstmals seit eineinhalb Jahren wieder zugelegt. Positiv wirken auch die anziehende Konjunktur in den USA und die, infolge einer expansiven Wirtschaftspolitik, kräftige wirtschaftliche Belebung in Japan. Das Wachstum im Mittel über die Schwellenländer ist verglichen mit den reifen Volkswirtschaften hoch, hatte sich aber ebenfalls abgeschwächt. Wichtig für die weitere konjunkturelle Erholung ist in diesem Umfeld, dass die Notenbanken im kommenden Jahr ihren expansiven Kurs beibehalten werden. Das ist eine der zentralen Annahmen für die Prognose der Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland im Jahr 2014 gewesen.

Die folgenden Annahmen über wesentliche weltwirtschaftliche Leitdaten und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, die bestimmend für die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sind, basieren auf der Prognose des Herbstgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute. Danach wird das Wachstum der Weltwirtschaft 2014 auf 2,8% zunehmen, das reale Welthandelsvolumen wird nach dieser Abschätzung um 4,2% zulegen. Daneben wird ein mittlerer Rohölpreis für 2014 von 110 US-Dollar je Barrel unterstellt und ein durchschnittlicher Wechselkurs von 1,34 US-Dollar je Euro zugrunde gelegt. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland, die 2012 real kaum gestiegen sind und im laufenden Jahr nur wenig mehr – um erwartete 0,9% – zunehmen werden, dürften 2014 immerhin um 1,4% expandieren. Dagegen wird nach den im Jahr 2013 rückläufigen Ausrüstungsinvestitionen für 2014 mit einem kräftigen Plus gerechnet. Vor dem Hintergrund der erwar-

Abb. 10

Verarbeitendes Gewerbe: Kräftige Erholung im Jahr 2014 erwartet



teten, moderaten Erhöhung des weltwirtschaftlichen Wachstums werden die Exporte wieder deutlich stärker als 2013 zunehmen. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2014 – dem Herbstgutachten zufolge – um 1,8% höher ausfallen.

Angesichts ihrer starken Stellung auf dem Weltmarkt wird die deutsche Industrie 2014 an der Belebung teilhaben können; auch dürfte sich die Konjunktur im Euroraum weiter stabilisieren. Das Wachstum des Verarbeitenden Gewerbes wird im kommenden Jahr die Entwicklung der Gesamtwirtschaft übertreffen. Vor allem die Investitionsgüterindustrie (Elektroindustrie, Fahrzeugbau, Metallzeugnisse), aber auch die großen Sparten des Vorleistungsgütergewerbes (Chemische Industrie, Metallherzeugung und -bearbeitung), werden von der Ausweitung der Investitions- und der Konsumausgaben im Inland sowie der anziehenden Nachfrage auf dem Weltmarkt profitieren können. Insgesamt wird das reale Produktionsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahre 2014 voraussichtlich um rund 3% zulegen.

Vor dem Hintergrund der sinkenden Nachfrage schnitt das **Investitionsgütergewerbe** 2012 mit einem Produktionsanstieg von 1,1% noch am besten ab. Diese Entwicklung war möglich, da die Unternehmen vom hohen Auftragsbestand zehren konnten, denn bezogen auf das gesamte Jahr waren die Auslandsnachfrage (-1,4%) und die Inlandsbestellungen

Tab. 2
Prognose der Industrieproduktion in Deutschland

Sektor	Veränderungsraten in %			
	2012 Ist-Wert ^{a)}	2013 Schätzung	2014 Prognose	2015 Ausblick
Verarbeitendes Gewerbe	-0,7	-0,5	3	2,5
Vorleistungsgüter	-2,3	-0,5	3,5	2
Investitionsgüter	1,1	-0,5	3	3
Konsumgüter	-1,8	-0,5	1	1

^{a)} Gemessen am Produktionsindex, BV4.1 kalender- und saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

(– 3,7%) rückläufig. Für die deutsche Industrie wirkte sich besonders die hohe Präsenz auf Auslandsmärkten der Investitionsgüterbereiche positiv aus. Während aus der gesamten Industrie nahezu 47% der Produktion exportiert werden, setzen die Investitionsgüterproduzenten rund 60% ihrer Güter im Ausland ab.

Die Investitionsgüterindustrie war von der weltweiten wirtschaftlichen Abschwächung, die noch ins laufende Jahr hinein reichte, erfasst worden. Allerdings sind die Auslandsorder in den ersten acht Monaten 2013 bereits wieder um 3,7% gestiegen, während die inländischen Auftragseingänge real um 0,9% niedriger waren. Trotz der im Jahresverlauf zunehmenden Auftragsbestände und der leicht steigenden Nachfrage dürfte die Produktion 2013 um etwa 0,5% niedriger ausfallen. Neben dem Maschinenbau und der Elektrotechnik trägt auch die Gruppe Datenverarbeitung und elektronische Bauelemente zum Produktionsrückgang im

Investitionsgüterbereich bei. Die Entwicklung der Investitionsgüterindustrie wird 2014 von der festeren Inlandskonjunktur aufgrund kräftig steigender Ausrüstungsinvestitionen und dem deutlich anziehenden Wachstum der Weltwirtschaft bestimmt. Dabei ist zu erwarten, dass die Auslandsnachfrage stärker zunehmen wird als die Bestellungen aus dem Inland. Diese Entwicklung kommt auch in den jüngsten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests zum Ausdruck. Die Exporterwartungen der Investitionsgüterproduzenten übertreffen ihre Geschäftserwartungen deutlich. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass im Jahresdurchschnitt 2014 die Investitionsgüterproduktion um gut 3% steigen wird.

Die **Konsumgüterproduktion** ist im Allgemeinen weniger als die übrige Industrie konjunkturellen Schwankungen unterworfen; sie ist dennoch 2012 um 1,8% und damit stärker zurückgegangen als die gesamte Industrieproduktion. Die

Tab. 3
Prognosen zur Industrieproduktion nach Branchen getrennt für Deutschland
Produktion (Veränderung gegenüber Vorjahr in %, kalender- und saisonbereinigt)

WZ 2008	Branche	Ist-Werte		Schätzung	Prognose	Ausblick
		2011	2012	2013	2014	2015
C	Verarbeitendes Gewerbe	7,8	– 0,7	– 0,5	3,0	2,5
	Vorleistungsgüter	6,4	– 2,3	– 0,5	3,5	2,0
	Investitionsgüter	12,0	1,1	– 0,5	3,0	3,0
	Konsumgüter	1,6	– 1,8	– 0,5	1,0	1,0
10	Ernährungsgewerbe	– 0,5	0,2	– 0,5	0,5	1,0
13	Textilgewerbe	0,1	– 6,6	– 0,5	1,0	0,0
14	Bekleidungs-gewerbe	– 0,9	– 8,8	0,0	– 2,0	– 1,0
16	Holzgewerbe	11,4	0,6	2,5	2,0	1,5
17	Papiergewerbe	– 1,7	– 2,0	– 1,0	1,0	0,5
18	Druckerei, Vervielfältigung	2,6	– 2,8	– 4,0	1,0	0,0
19	Mineralölverarbeitung	– 1,8	1,4	– 0,5	0,5	0,5
20	Chemikalien	– 0,5	– 2,6	1,0	3,0	2,0
21	Pharmazeutika	4,1	– 1,7	2,5	1,0	1,0
22	Gummi- und Kunststoffwaren	4,2	– 1,5	1,0	2,5	2,0
23	Glas, Keramik, Steine und Erden	8,3	– 3,5	– 2,0	2,5	2,0
24	Metallerzeugung, -bearbeitung	1,8	– 3,6	– 0,5	3,5	2,5
25	Metallerzeugnisse	10,9	– 1,0	1,0	4,0	3,0
26	Datenverarbeitung, el. Bauelemente	16,8	– 1,3	– 3,5	3,5	3,0
27	Elektrische Ausrüstungen	8,1	– 2,9	– 3,0	4,0	2,5
	darunter:					
	Ausrüstungsgüter		– 2,7	– 3,0	4,5	3,0
	Gebrauchsgüter		– 5,2	– 2,0	2,0	1,5
28	Maschinenbau	13,5	1,7	– 3,0	2,0	3,0
29	Automobilindustrie	12,6	– 0,2	2,0	4,5	4,0
30	Sonstiger Fahrzeugbau	13,3	6,0	4,5	3,0	2,0
31	Möbel	3,3	– 0,8	– 3,0	1,5	0,5
32	Sonstige (Konsum-)Waren	4,0	3,9	3,0	2,5	2,0
	Nachrichtlich:					
ET	Elektrotechnik	11,1	– 2,4	– 3,0	3,8	2,7
ME	Metall- und Elektroindustrie ^{a)}	11,3	– 0,1	– 0,5	3,5	3,0

^{a)} WZ 2008: 24–30 und 32.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

Auslandsaufträge stiegen insgesamt in den ersten acht Monaten 2013 um 1,1%, während der Auftragseingang aus dem Inland um 1,5% fiel. Durch das in diesem Segment relativ hohe Gewicht des Inlandsgeschäfts ging die Gesamtnachfrage nach den Erzeugnissen der einheimischen Konsumgüterproduzenten um 0,2% zurück. Im Jahresdurchschnitt 2013 dürfte die Produktion dieses Bereichs um knapp 0,5% sinken. Nach den aktuellen Meldungen zum ifo Konjunkturtest wird die Geschäftslage von den Herstellern von Konsumgütern per saldo bis zuletzt gut beurteilt, bei den Geschäftserwartungen setzte sich in den jüngsten Meldungen wieder eine überwiegend optimistische Haltung durch. Angesichts der erwarteten Zunahme der privaten Konsumausgaben und des steigenden Wirtschaftswachstums wird 2014 von einem um real rund 1% höheren Produktionsvolumen der Konsumgüterindustrie ausgegangen.

Die Vorleistungsgüterproduktion besitzt im Allgemeinen einen Vorlauf gegenüber der Konjunktur im gesamten Verarbeitenden Gewerbe. Für den gegenwärtigen Konjunkturzyklus scheint dieses Muster aber in einem geringeren Ausmaß zu gelten. Die 2012 einsetzende konjunkturelle Abschwächung schlug sich kaum früher als in anderen Industriegruppen in steigenden Lagerbeständen und einer im Trend rückläufigen Produktion nieder. Bei einem realen Minus der Auslandsbestellungen von 3,8% und der Inlandsnachfrage von 5,4% sank die Produktion im Jahresdurchschnitt 2012 um 2,3%. In den ersten acht Monaten 2013 fiel die reale Nachfrage aus dem Ausland um 1,6% und im Inland um 1,4%; angesichts der zur Jahresmitte einsetzenden Erholung dürfte die Produktion im Gesamtjahr 2013 nur um etwa 0,5% niedriger sein. Die Aussichten für den Bereich der Vorleistungsgüter sind, wie auch die aktuellen Meldungen zum ifo Konjunkturtest belegen, nicht ungünstig. Die Geschäftserwartungen wurden zuletzt aber nur von einer kleinen Mehrheit der Produzenten optimistisch eingeschätzt. Der Bereich der Vorleistungsgüter dürfte aber vom anziehenden Wirtschaftswachstum frühzeitig profitieren. 2014 wird die Produktion von Vorleistungsgütern voraussichtlich mit einem realen Plus von rund 3,5% abschließen.

Die Sicht der Industrievertreter, die zum Branchen-Dialog, Forum Industrie, mit Vorträgen zur Konjunktur und den Rahmenbedingungen am Standort Deutschland beitrugen

Axel Pöls, Bitkom Research, vertritt mit der Informations- und Kommunikationstechnik eine Branche, die stark durch das Zusammenspiel von Hardware, Software und Dienstleistungen geprägt wird. Der Markt zeichnet sich durch eine hohe Innovationsgeschwindigkeit aus. Neue Produkte ziehen massiv Nachfrage auf sich, während reife Produkte schnell an Attraktivität verlieren. Der rasche Wandel wird zusätzlich durch Kannibalisierung befördert. Smartphones

übernehmen Funktionen von Laptops und Konsumelektronik, Tablets ersetzen zum Teil die Computer.

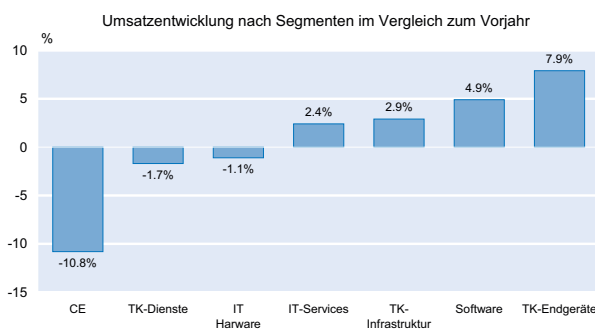
Die Märkte für Dienstleistungen und Software entwickeln sich vergleichsweise dynamisch. Sie weisen seit mehreren Jahren ein stetiges Wachstum auf. Die Dienstleistungen in den Bereichen Telekommunikation und Informationstechnik tragen voraussichtlich zum Marktvolumen der Branche im Jahr 2013 allein 57% bei. Hinzu kommt das Geschäft mit Software, das weitere 12% umfasst. Der Beitrag der IT- und Telekommunikationsgeräte und Infrastruktur ist im Laufe der Jahre auf rund 30% zurückgefallen.

Die industrielle Produktion von Geräten und Ausrüstungen ist in den letzten Jahrzehnten zu einem Großteil aus Deutschland nach Asien verlagert worden. Arbeitsplätze gingen insbesondere bei der Herstellung von Produkten der Konsumelektronik und von anderen Massenerzeugnissen wie Mobiltelefonen und Computern verloren. Industrielle Produktion in Deutschland konzentriert sich vor allem auf die Bereiche, in denen die Nachteile hoher Lohnkosten und Abgaben durch Know-how und Nähe zum Kunden ausgeglichen werden können. Der weniger vom internationalen Wettbewerb betroffene Dienstleistungsbereich hat sich im Gegensatz dazu als Motor einer wachsenden Beschäftigung erwiesen.

Im Jahr 2013 stagniert das Geschäft mit ITK-Produkten, Dienstleistungen und Software (+ 0,1%). Das Marktvolumen wird voraussichtlich bei rund 152 Mrd. Euro liegen. Für 2014 wird mit einer moderaten Expansion von 1,6% gerechnet.

Marius Baader, VDA, trug mit einem Vortrag über den Straßenfahrzeugbau, der eine der Stärken der deutschen Wirtschaft ist, zum Gelingen des Branchendialogs bei. Die Branche ist global verankert und betreibt Produktionsstätten in den wichtigsten Absatzmärkten. Seit 2010 übertrifft die Fertigung von Fahrzeugen im Ausland – gemessen an den Stückzahlen – die im Inland. Im laufenden Jahr wird eine Gesamtzahl von 14,05 Mill. Fahrzeugen erwartet, die dann schon zu 62% im Ausland hergestellt werden. Die starke Präsenz in Übersee hat es den deutschen Herstellern er-

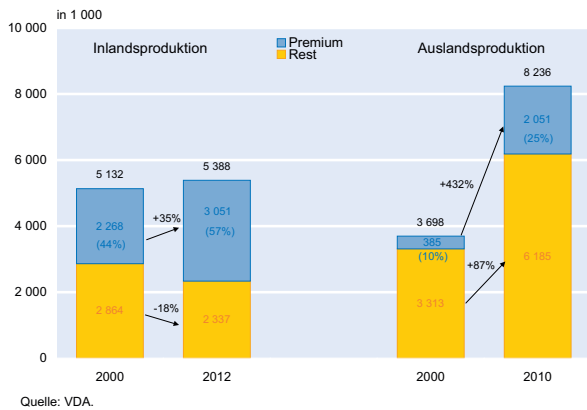
Abb. 11
2013: Licht und Schatten in der ITK-Branche



Quelle: BITKOM; EITO; GfK; IDC.

Abb. 12

Premiumsegment mit rasantem Wachstum



möglichst, die schwache Nachfrage im Inland und auf den anderen westeuropäischen Märkten im Vergleich zu den italienischen oder französischen Wettbewerbern unbeschadet zu überstehen.

Der Erfolg ist wesentlich durch den Stand der Technik und die Qualität der Produkte getragen, was sich in einem kräftigen Anstieg der Bedeutung der Premiumfahrzeuge manifestiert. Hier kommt auch die Stärke des Standorts Deutschland zum Tragen. 57% der im Inland hergestellten Autos sind Premiumfahrzeuge, im Ausland sind es nur 25%. Ein aktuelles Problem ist die Regulierung des CO₂-Ausstoßes der Fahrzeuge, wobei eine kluge Balance zwischen Ökologie und Ökonomie erreicht werden muss. Eine überzogene, starre und bürokratische Regulierung gefährdet den Premi-umstandort Deutschland, der mit Blick auf FuE, industrielle Infrastruktur und die Qualifikation der Mitarbeiter ansonsten bestens geeignet ist, die Produktion hochwertiger Fahrzeuge im Inland zu halten.

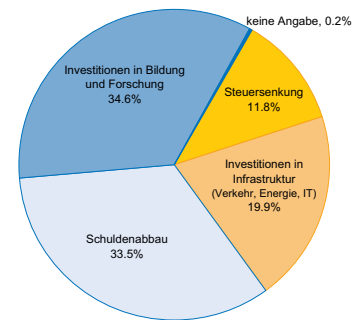
Hans-Joachim Haß, BDI, setzte sich zum Abschluss der Referentenbeiträge mit den Standortbedingungen für die industrielle Produktion in Deutschland auseinander. Entgegen dem Trend in allen anderen reifen Volkswirtschaften trägt die Industrieproduktion seit vielen Jahren einen in etwa konstanten Anteil zum Bruttoinlandsprodukt bei. Die Industrie hat sich als vergleichsweise robust gegenüber den Turbulenzen der letzten Jahre erwiesen. Das Geschäftsmodell »Deutschland« mit seinem gegenüber anderen europäischen Ländern hohen Beschäftigungsgrad wird seitdem als Vorbild gehandelt. Getragen wird es von mittelständischen Unternehmen, die in geschlossenen Wertschöpfungsketten verankert sind, gleichzeitig aber globale Strategien verfolgen. Den Herausforderungen des Standorts Deutschland, dem hohen Einkommensniveau und der Abgabenbelastung, begegnen die Unternehmen mit einem Innovationswettbewerb, um im internationalen Wettbewerb mit Spitzentechnik punkten zu können.

Abb. 13

**Industriepolitische Agenda
IW-Unternehmervotum September/Oktober 2013**

Angenommen die nächste Bundesregierung hätte aufgrund eines anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs wieder mehr finanziellen Spielraum. Für welchen Zweck sollten die zusätzlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel eingesetzt werden?

Angaben in Prozent der Industrieunternehmen, hochgerechnet



Auf den Gebieten Bildung und Forschung sehen denn auch die Unternehmen gemäß einer Umfrage des BDI den größten Handlungsbedarf für die Regierung, es folgen Schuldenabbau, Investitionen in die Infrastruktur und erst dann, die Forderung nach Steuersenkung. Die laufenden Koalitionsverhandlungen lassen allerdings befürchten, dass der finanzielle Handlungsspielraum des Bundes durch ein Mehr an konsumtiven Staatsausgaben schnellstens eingeschränkt wird. Dem Wunsch der Unternehmen, wofür evtl. Mehreinnahmen zu verwenden wären, nämlich für Bildung und Forschung, um die Zukunft des Industriestandorts Deutschland zu sichern, wird so der Boden entzogen.

Branchenforum 2: Konjunkturelle Entwicklung im Handel Online-Handel stimuliert Strukturwandel

Josef Lachner

Zentrales Thema im Branchenforum Handel war neben der konjunkturellen Entwicklung im Großhandel und im Einzelhandel der Online-Handel. Die Referenten beschäftigten sich mit seinem Einfluss auf die Struktur des Handels, die Innenstädte und den veränderten Anforderungen an den stationären Handel.

Großhandel: Umsatzstabilisierung nach leichter Erholung

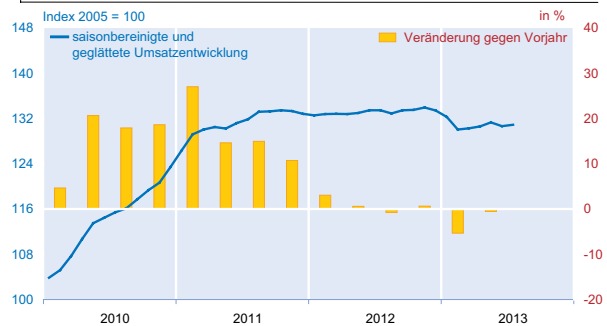
Zur konjunkturellen Entwicklung im Handel referierte Herr Städtler vom ifo Institut. Der Großhandel (ohne Handelsvermittlung und ohne Kraftfahrzeughandel) verzeichnete im letzten Tertial des Jahres 2012 einen moderaten Anstieg der nominalen Umsätze, nachdem sie zuvor nahezu unverändert geblieben waren (vgl. Abb. 14). Im gesamten Jahr 2012 übertrafen die Umsätze in jeweiligen Verkaufspreisen das Ergebnis des Vorjahres um 0,9%, was jedoch ausschließlich auf gestiegene Verkaufspreise zurückzuführen ist. Zu konstanten Preisen ergab sich ein Minus von 0,6%. Im Jahr 2013 trat nach dem Rückgang im ersten Quartal zur Jahresmitte hin eine leichte Erholung ein, und zu Beginn des zweiten Halbjahres stagnierten die nominalen Umsätze weitgehend. Im Zeitraum von Januar bis August verfehlten die Umsätze des Großhandels das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal wie real aber dennoch um 1,3%.

Umsatzminus im Produktionsverbindungshandel

Vor allem im Produktionsverbindungshandel sind die Umsätze nach einer weitgehenden Stagnation im Vorjahr zu Beginn des Jahres 2013 gesunken (vgl. Abb. 15). Die im ersten Quartal 2013 erzielten Umsätze verfehlten das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal um

Abb. 15

Entwicklung der nominalen Umsätze im Produktionsverbindungshandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

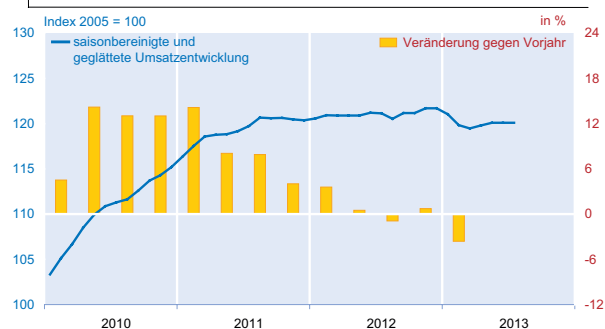
5,3%. Sowohl die Händler mit Maschinen als auch der Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen mussten im ersten Quartal beträchtliche Einbußen hinnehmen. Bremseffekte zeigten sich auch in der Umsatzentwicklung des Großhandels mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik, allerdings sind hier die Umsätze nur geringfügig niedriger ausgefallen als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren verzeichnete dagegen – bedingt durch gestiegene Verkaufspreise – einen wesentlich höheren nominalen Umsatz als vor Jahresfrist. In den folgenden Monaten zogen die Umsätze des Produktionsverbindungshandels – insgesamt gesehen – an, wodurch der Umsatzrückgang der ersten drei Monate jedoch nicht kompensiert werden konnte. Im Zeitraum von Januar bis August 2013 ergab sich ein nominales Minus von 2,4% gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres, was real einem Rückgang um 1,0% entspricht.

Nominaler Umsatz im Konsumgütergroßhandel auf Vorjahresniveau

Der Konsumgütergroßhandel konnte in den ersten beiden Monaten 2013 das Ende des Vorjahres erreichte hohe Umsatzniveau zunächst weitgehend stabilisieren, bevor auch hier eine Abschwächung eintrat (vgl. Abb. 16). In den fol-

Abb. 14

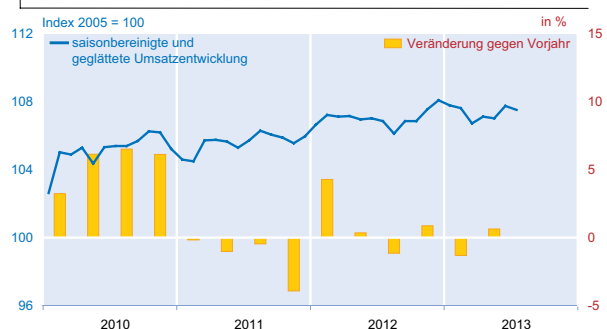
Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 16

Entwicklung der nominalen Umsätze im Konsumgütergroßhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

genden Monaten entwickelten sich die Umsätze aufwärts. In den ersten beiden Tertialen 2013 erzielten die Unternehmen dieses Bereichs aufgrund höherer Verkaufspreise einen nominalen Umsatz, der das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 0,2% übertraf. Real waren die Umsätze um 1,5% niedriger. Mit einer Rate von 2,1% verzeichnete der Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln ein überdurchschnittliches Wachstum der nominalen Umsätze. Der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern verfehlte zwar das Vorjahresergebnis, das Minus fiel mit 1,5% jedoch geringer aus als noch im ersten Quartal (-2,9%).

Großhandel insgesamt: Perspektiven hellen sich auf

Im ersten Halbjahr 2013 hat sich die im Rahmen des ifo Konjunkturtests erfragte Geschäftslage im Großhandel nach einer Phase der Stabilisierung zu Jahresbeginn zwar verschlechtert, der überwiegende Teil der Großhandelsunternehmen bewertete sie aber auch zur Jahresmitte positiv (vgl. Abb. 17). Seither gewannen die Stimmen, welche die Situation als gut bewerteten, an Bedeutung. Seit April gelang es einem erheblichen Teil der Unternehmen, zu hohe Warenbestände abzubauen. Die Perspektiven haben sich in den zurückliegenden Monaten aufgehellt. Im Oktober erwarteten die Großhändler eine leichte Geschäftsbelebung. Angesichts der günstigen Perspektiven wollten sie in den kommenden drei Monaten mehr Ware ordern als vor Jahresfrist. Auch die Beschäftigtenpläne deuten auf eine Expansion hin. Die im Jahr 2013 erzielten Umsätze werden das Vorjahresergebnis wohl kaum erreichen. Für 2014 lässt die voraussichtliche Entwicklung wichtiger Einflussfaktoren eine Zunahme der nominalen Umsätze erwarten.

Produktionsverbindungshandel: Aufwärtsentwicklung erwartet

Die Produktionsverbindungshändler bewerteten ihre Lage in den zurückliegenden Monaten vermehrt positiv und ihre

Perspektiven hellten sich auf (vgl. Abb. 18). Darin spiegelt sich auch die Entwicklung einer ihrer wichtigsten Abnehmergruppen, den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes wider. Diese erwarteten vermehrt eine Geschäftsbelebung, insbesondere Impulse aus dem Ausland, und beabsichtigten deshalb, ihre Produktion zu steigern. Das wird die Geschäftstätigkeit der Großhandelslieferanten von Rohstoffen und Halbwaren anregen, und auch die Investitionsgüterhändler werden davon profitieren, zumal die Produktionskapazitäten der industriellen Hersteller zuletzt wieder stärker ausgelastet waren. Bei den getätigten Investitionen wird es sich allerdings in erster Linie um Ersatz- und Rationalisierungsmaßnahmen handeln, durch die die Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken wollen. Die Erweiterung der Produktionskapazitäten dürfte dagegen als Investitionsmotiv nur eine geringe Rolle spielen. Das Tempo der erwarteten Aufwärtsentwicklung im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen wird allerdings nicht ausreichen, um das im ersten Halbjahr 2013 resultierende Umsatzminus der einschlägigen Großhandelssparten zu kompensieren. Den baunahen Großhandelssparten kommen die insgesamt wieder günstigeren Bedingungen für Bauinvestitionen zugute, wenn gleich sich die einzelnen Sparten dieses Bereichs recht unterschiedlich entwickeln werden. Im Wohnungsbau engagierte Großhändler können für die Jahre 2013 und 2014 mit einer Geschäftsbelebung rechnen. Speziell in Regionen, die von der Flutkatastrophe betroffen waren, werden Reparatur- und Wiederaufbaumaßnahmen für eine steigende Nachfrage sorgen. Die günstigen Bedingungen am Arbeitsmarkt, niedrige Hypothekenzinsen und die Präferenz für Sachwerte werden sich außerdem positiv auswirken. Die Bauinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft werden dagegen im Durchschnitt des Jahres 2013 – trotz der erwarteten Aufwärtsentwicklung – das Ergebnis des Vorjahres verfehlen. Die anhaltende konjunkturelle Belebung und die sich dadurch verbessernde Absatz- und Ertragslage der Unternehmen haben zur Folge, dass die gewerblichen Bauinvestitionen im Jahr 2014 höher sein werden als 2013. Auch die Bauinvestitionen der öffentlichen Hand erholen sich in den beiden Jahren 2013 und 2014. Alles in allem wird der 2013 im Produktionsverbindungshandel erzielte Umsatz etwas

Abb. 17
Geschäftsentwicklung im Großhandel

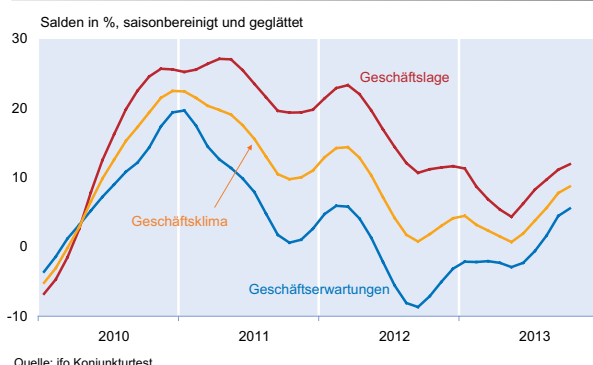


Abb. 18
Geschäftsentwicklung im Produktionsverbindungshandel

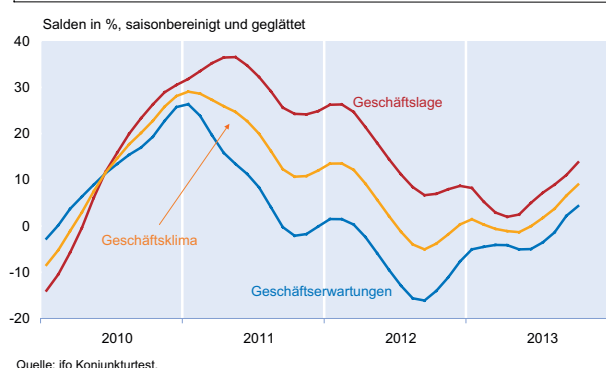
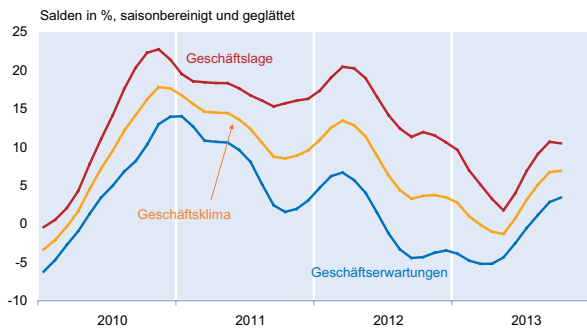


Abb. 19

Geschäftsentwicklung im Konsumgütergroßhandel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

niedriger sein als im Vorjahr. Für 2014 kann bei sich fortsetzender Geschäftsbelebung jedoch von einem Umsatzplus ausgegangen werden.

Konsumgütergroßhandel: Aussichten positiver eingeschätzt

Die Großhändler im Konsumgüterbereich erwarteten im Oktober für die kommenden Monate eine moderate Verbesserung ihrer aktuell als gut bewerteten Geschäftslage (vgl. Abb. 19). Für das gesamte Jahr 2013 ist unter Berücksichtigung der Entwicklung einschlägiger gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren von Umsätzen auszugehen, die das Ergebnis des Vorjahres leicht übertreffen, die Konsumgütergroßhändler werden dabei von einer Zunahme des verfügbaren Einkommens profitieren, die die Kaufbereitschaft der privaten Haushalte befördert. Vor allem in mehrstufigen Handelssystemen, die über leistungsfähige Lager- und Transporteinrichtungen in Verbindung mit einer vertikalen Informationsübertragung verfügen, schlagen sich zusätzliche Umsätze im Einzelhandel rasch auf die Umsatzentwicklung des Konsumgütergroßhandels nieder. Es ist davon auszugehen, dass die Konsumenten vor allem beim Kauf von Standardartikeln des täglichen Bedarfs Einkaufsmöglichkeiten präferieren, die als besonders preiswert gelten. Vorteile ergeben sich speziell für Großhändler, die sich schwerpunktmäßig

Abb. 20

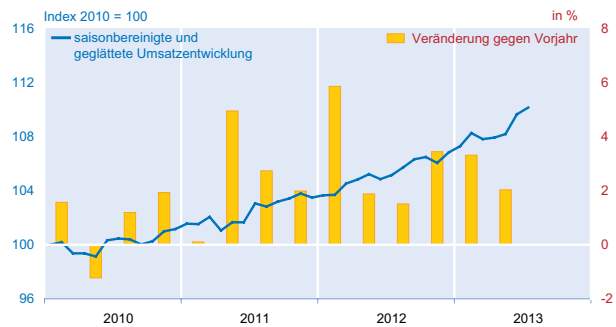
Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel^{a)}



^{a)} Ohne Kraftfahrzeughandel.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 21

Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

diesem Kundenkreis zugewandt haben. Im Jahr 2014 wird sich die erwartete Zunahme des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte positiv auf die Geschäftsentwicklung des Konsumgütergroßhandels auswirken.

Einzelhandelsumsätze tendieren nach oben

In den ersten acht Monaten 2013 tendierten die nominalen Umsätze des Einzelhandels (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) nach oben. Damit setzte sich die Aufwärtsentwicklung fort, die gegen Ende des Jahres 2012 einsetzte (vgl. Abb. 20). Nach einem Plus im Jahr 2012 von nominal 2,1 und real 0,2% übertrafen die Umsätze in den ersten beiden Terialen 2013 das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal um 1,7%. Der Zuwachs ist nahezu ausschließlich auf gestiegene Verkaufspreise zurückzuführen; real, also zu konstanten Preisen, waren die Umsätze lediglich um 0,2% höher.

Ein überdurchschnittliches Umsatzwachstum von nominal 3,6% erzielten die Unternehmen, die hauptsächlich Lebensmittel vertreiben. Real entspricht das einem Anstieg um 0,8% (2012/2011: nominal: + 3,1%; real: + 0,4%). Zur Aufwärtsentwicklung hat vor allen die deutliche Nachfragebelebung zu Beginn der zweiten Jahreshälfte beigetragen (vgl. Abb. 21).

Einzelhändler, die vorwiegend Nichtlebensmittel vertreiben, übertrafen trotz einer lebhaften Umsatzentwicklung im ersten Halbjahr im gesamten Zeitraum von Januar bis August 2013 das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal um lediglich 0,3%. Ausschlaggebend für den nur leichten Zuwachs war die Absatzschwäche zu Beginn der zweiten Jahreshälfte (vgl. Abb. 22). Real, also zu konstanten Preisen, bedeutet das ein Minus von 0,2% (2012/2011: nominal: + 1,4%; real: 0,0%).

Auch die Entwicklung der einzelnen Angebotstypen wich teilweise beträchtlich von der des Gesamtaggregats ab. Das zeigt sich besonders deutlich in der Unterscheidung zwi-

Abb. 22
Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel mit Nichtlebensmitteln

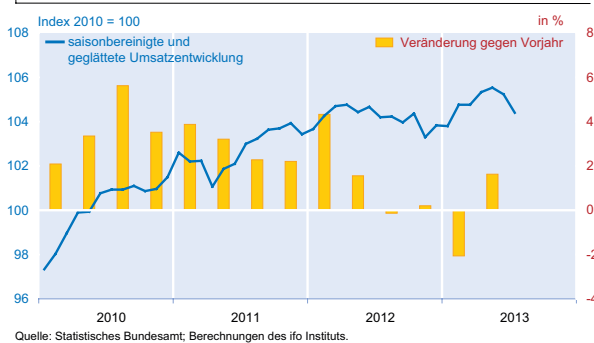


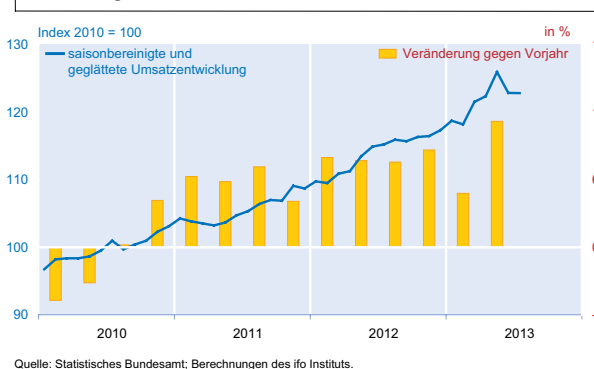
Abb. 23
Entwicklung der nominalen Umsätze im stationären Einzelhandel



schon dem stationären Einzelhandel und dem Distanzhandel. Die Ladengeschäfte verzeichneten in den ersten acht Monaten 2013 einen Umsatzzuwachs gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von nominal 1,3%. Real waren die Umsätze um 0,3% niedriger (vgl. Abb. 23). Die Umsätze des katalog- und internetbasierten Versandhandels erhöhten sich nach dem deutlichen Anstieg im Vorjahr erneut (nominal: + 7,4%; real: + 6,8%) (vgl. Abb. 24).

Eine moderate Aufwärtsentwicklung der nominalen Umsätze liegt mit einem Plus von 2,8% im Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten vor. Preisbereinigt bedeutet das allerdings einen Rückgang um 1,1%. Der erneut deut-

Abb. 24
Entwicklung der nominalen Umsätze im Versand- u. Interneteinzelhandel



liche Anstieg der nominalen Umsätze sonstiger Angebotstypen des nichtstationären Einzelhandels um 5,8% ist in erster Linie auf die positive Entwicklung des Direktverkaufs von Brennstoffen zurückzuführen. Dessen Umsätze legten nominal um 7,8% und real sogar um 12,3% zu.

Auch innerhalb des stationären Einzelhandels entwickelten sich die Umsätze in den ersten beiden Tertialen des Jahres 2013 recht unterschiedlich. Zu den wenigen Sparten, die einen Umsatzzuwachs im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum verzeichneten, gehört der mit einem Umsatzanteil von 37% vergleichsweise bedeutende Sortimentseinzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln. In dieser Sparte legten die nominalen Umsätze um 3,9% zu, was real einem Plus von 1,1% entspricht. Ein überdurchschnittliches Wachstum der nominalen Umsätze um 3,6% erzielte der Facheinzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln. Real waren hier die Umsätze um 3,5% höher als in den ersten acht Monaten des Vorjahres. Auch der Einzelhandel mit Schuhen und Lederwaren hat mit einem Umsatzzuwachs von nominal 2,5% und real 0,5% besser abgeschnitten als der stationäre Einzelhandel insgesamt. Mit einer erneut verringerten Nachfrage war der Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchsgütern konfrontiert (nominal: - 24,1%; real: - 24,8%). Deutlich hinter dem Vorjahresergebnis blieben die nominalen Umsätze auch im Einzelhandel mit Uhren und Schmuck (- 8,4%), im Einzelhandel mit Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf (- 4,2%) sowie im Einzelhandel mit Blumen, Pflanzen und Saatgut (- 3,1%) zurück. Die divergierende Umsatzentwicklung spiegelt in einzelnen Sparten auch den anhaltenden Strukturveränderungsprozess im Einzelhandel wider. So ist es bei den sonstigen Sortimentern, zu denen auch die Warenhäuser gehören, zu weiteren Umsatzeinbußen gekommen (nominal: - 1,5%; real: - 2,5%). Und speziell im stationären Sortimentsbuchhandel hatte die wachsende Akzeptanz des Online-Handels einen Umsatzrückgang (nominal: - 2,4%; real: - 4,9%) zur Folge.

Günstige Perspektiven

Sowohl die Erwartungen der Unternehmen als auch die prognostizierte Entwicklung wichtiger Bestimmungsfaktoren deuten auf eine anhaltende Aufwärtsentwicklung der nominalen Umsätze hin. Die Einzelhändler (ohne Kraftfahrzeughändler) werden im gesamten Jahr 2013 einen Umsatzzuwachs von nominal 1,5 bis 2% erzielen. Dafür spielt das Wachstum des verfügbaren Einkommens eine wesentliche Rolle. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose geht in seiner Konjunkturprognose vom Oktober 2013 von einem Anstieg des Einkommens privater Haushalte um 2,3% aus. Dazu tragen neben den Nettolöhnen und -gehältern, die sich voraussichtlich um 2,9% erhöhen werden, auch die monetären Sozialleistungen bei (+ 2,3%). Angesichts der sinken-

den Sparquote werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte mit 2,6% stärker zunehmen als ihr Einkommen. Die Konsumfähigkeit und die aufgrund der günstigen Situation auf dem Arbeitsmarkt erhöhte Konsumbereitschaft werden sich zwar auch in der Entwicklung der nominalen Einzelhandelsumsätze positiv niederschlagen; allerdings dürften sie unterproportional wachsen. Ausschlaggebend dafür sind die steigenden Ausgaben für Energie, das Gesundheitswesen sowie den Verkehr. Diese Verbrauchskategorien werden zunehmend Kaufkraft absorbieren. Außerdem verlieren einzelhandelsrelevante Ausgaben auch deshalb an Bedeutung im Verwendungsspektrum, weil sich die Konsumenten speziell im Einkauf von Massenartikeln im Bereich der Waren des täglichen Bedarfs weiterhin Vertriebsformen des Einzelhandels zuwenden, die als besonders preiswert gelten. Im Jahr 2014 werden die Umsätze des Einzelhandels weiter ansteigen. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen lassen eine beschleunigte Zunahme der Einkommen privater Haushalte erwarten. Dazu wird auch der wieder etwas stärkere Anstieg der Nettolöhne und -gehälter infolge einer kräftigen Zunahme der Beschäftigung und höherer Tariflohnsteigerungen beitragen. Bei verbesserter konjunktureller Lage werden aber vor allem die Selbständigen- und Vermögenseinkommen steigen. Die monetären Sozialleistungen werden dagegen etwas schwächer zulegen. Insgesamt ist mit einem verfügbaren Einkommen zu rechnen, das um 3,2% höher sein wird als im Jahr 2013. Der private Konsum wird – angesichts einer weitgehend unveränderten Sparquote – mit derselben Rate zunehmen. Der Umsatzanstieg des Einzelhandels wird auch im Jahr 2014 hinter der Zunahme des privaten Verbrauchs zurückbleiben. Vor allem im Nicht-Nahrungsmittelbereich kommt es dabei zu weiteren Strukturveränderungen, die durch eine immer größere Bedeutung der Internet-Anbieter gekennzeichnet ist. Um an der Expansion dieses Vertriebswegs zu partizipieren, werden hier auch traditionelle Betreiber von Ladengeschäften aktiv. Andererseits sehen aber auch katalog- und internetbasierte Distanzhändler Chancen, ihren Absatz durch ein Engagement im stationären Einzelhandel zu beleben (Multi-Channel). Diesem Themenkreis widmeten sich die Referate von Herrn Professor Heinemann und Herrn Ortner.

Der Strukturwandel im Einzelhandel gewinnt an Dynamik. Einen wichtigen Impulsgeber stellt laut *Gerrit Heinemann* neben der weiter zunehmenden Internetnutzung die explodierende Smartphone-Penetration dar, wodurch die Konsumenten an jedem Ort und zu jeder Zeit auf das mobile Internet zugreifen können. Per Mitte 2013 nutzen bereits etwa 43% der deutschsprachigen Wohnbevölkerung das mobile Internet mithilfe von mobilen Devices. Angesichts des durch die digitalen Handelsformen verstärkten Wettbewerbs im Einzelhandel sehen sich insbesondere die stationären Formate veranlasst, sich auf die veränderten Anforderungen der Kunden rasch einzustellen. Vor allem im Einzelhandel

mit Nichtnahrungsmitteln gewinnt der Online-Handel zu Lasten des stationären Einzelhandels rasant an Bedeutung. In einzelnen Fachsparten ist die 30%-Marke bereits überschritten. Beispiele dafür sind der Einzelhandel mit Medien/Büchern, Unterhaltungselektronik und elektrischen Haushaltsgeräten sowie der Einzelhandel mit Informations- und Kommunikationsgeräten. Im Buchhandel werden den Ausführungen von Prof. Heinemann zufolge aktuell bis zu 40% des Umsatzes im Online-Geschäft getätigt, und selbst Modeartikel erreichen nach neuesten GfK-Zahlen bereits 23%. Die Kunden im Einzelhandel nutzen sowohl Online- als auch Offline-Angebote und kombinieren die einzelnen Schritte des Einkaufsprozesses von der Produkt- und Preisinformation im Rahmen der Kaufvorbereitung bis zur Durchführung des Kaufs. Dabei wird sich der Anteil der Konsumenten, die sich online informieren, dann aber offline (z.B. im Ladengeschäft) einkaufen, von derzeit rund 60% weiter erhöhen. Ebenso geht Prof. Heinemann von einem Bedeutungsgewinn jener Konsumentengruppe aus, die alle Stufen des Einkaufsprozesses online erledigt. Dagegen wird die Rolle der Konsumenten, die als »treue Offliner« alle Aktivitäten des Kaufprozesses weiterhin in stationären Formaten vornehmen, von derzeit rund 30% vor allem generationenbedingt stark abnehmen. Der Anteil der sogenannten »Showroomer«, also der Konsumenten, die online kaufen (weil sie beispielsweise die Annehmlichkeit der Lieferung nutzen wollen), nachdem sie sich im Ladengeschäft erkundigt haben, nimmt ebenfalls zu. Alles in allem wird sich die Kundenfrequenz in den Ladengeschäften eher verringern. Es ist davon auszugehen, dass die Einzelhändler in Deutschland zukünftig ihre Positionierung als Multi-Channel-Anbieter professionalisieren werden, wobei sie die verschiedenen Vertriebskanäle unter Erhalt der Vorteile jedes einzelnen integrieren. Infolgedessen sind schon heute im Nichtnahrungsmittel-Bereich rund 17% der Einzelhandelsumsätze als sogenannte »Multi-Channel-Umsätze« nicht mehr bestimmten Kanälen zuzuordnen, da diese von den Kunden während des Einkaufsprozesses parallel oder sequentiell genutzt werden. Eine Schlüsselrolle spielt diesbezüglich das Smartphone, mit dem die Kunden selbst im stationären Einzelhandel online sein können. Damit sind sie in der Lage, Preis- und Produktinformationen jederzeit abzufragen oder den Produktbestand zu überprüfen. Smartphones fungieren außerdem als Zubringer für die anderen Handelskanäle. Unterwegs gewonnene Informationen können sowohl zu Hause online am Desktop oder im Geschäft differenzierter analysiert werden. Die Betriebsformen gehen zudem ineinander über; es kommt zu einer verstärkten Virtualisierung im Einzelhandel, beispielsweise bezüglich der Regalinhalte, der Schaufenster oder der Ankleidemöglichkeiten und dabei um eine neue Art der Kundenorientierung, die Prof. Heinemann auch in einem FAZ-Artikel beschreibt (vgl. FAZ, Nr. 250, 28. Oktober 2013).

Die Zusammenführung von Online-Geschäft und stationärem Handel zielt auf eine Steigerung der Kundenzufrieden-

heit und eine erhöhte Kundenbindung. Klaus Ortner, Geschäftsführer des Beratungsunternehmens BVO Ortner Ltd., stellte in seinem Referat nicht nur die Anpassungserfordernisse des Ladengeschäfts heraus, sondern auch die Auswirkungen des Online-Handels auf die Beziehung zu den Lieferanten sowie die Konsequenzen für den innerstädtischen Einzelhandel. Nach seinen Erfahrungen in der Praxis müssen vor allem die Verkaufsstellen großer Filialsysteme Funktionen übernehmen, die eine Brücke zum Online-Angebot schlagen. Qualifizierte Verkäufer bieten den Kunden darüber hinaus aber auch die Möglichkeit, sich persönlich in einem angenehmen Umfeld beraten zu lassen und sich über die verschiedenen Serviceleistungen zu informieren. Die Mitarbeiter im Multi-Channel-Vertrieb verfügen idealerweise über eine hohe Beratungskompetenz, sind nicht auf einen Vertriebskanal fokussiert und ausschließlich auf die Anliegen des Kunden orientiert. Für die kundenspezifische Beratung müssen dem Verkäufer Informationen beispielsweise über das Kauf- und Bestellverhalten des einzelnen Kunden in der Vergangenheit sowie dessen Zahlungsverhalten bereitgestellt werden. Bei der Zusammenstellung des Sortiments sollte der Online-Vertriebskanal die entscheidende Rolle spielen. Die einzelnen Ladengeschäfte ordern aus dem Gesamtsortiment, wobei sie Einflussfaktoren wie die Kundenstruktur, die Standort- und die Wettbewerbssituation berücksichtigen. Damit weicht das im stationären Handel vorrätige Warenangebot von dem online verfügbaren (wesentlich umfangreicheren) Sortiment ab. Auch hinsichtlich der Verkaufspreise können zwischen den Vertriebskanälen Unterschiede bestehen, da bei deren Kalkulation neben den spezifischen Kosten auch das jeweilige Wettbewerbsumfeld berücksichtigt wird. Für die Zukunft ist den Ausführungen von Herrn Ortner zufolge speziell in den Mittelzentren, mit einer Einwohnerzahl zwischen 20 000 und 100 000 ein negativer Einfluss des Online-Handels auf den stationären Einzelhandel zu erwarten. In den Kleinzentren mit weniger als 20 000 Einwohnern wird der Einzelhandel infolge der nachlassenden Kundenfrequenz weiter erodieren, und es wird zu Leerständen kommen. Einzelne Ladengeschäfte werden ihre Verkaufsfläche verringern, damit eine optimale Leistungserstellung sichergestellt werden kann.

Forum 3: konjunkturelle Entwicklung im Bausektor

Wohnungsbau im Fokus der Politik

Ludwig Dorffmeister und Erich Gluch

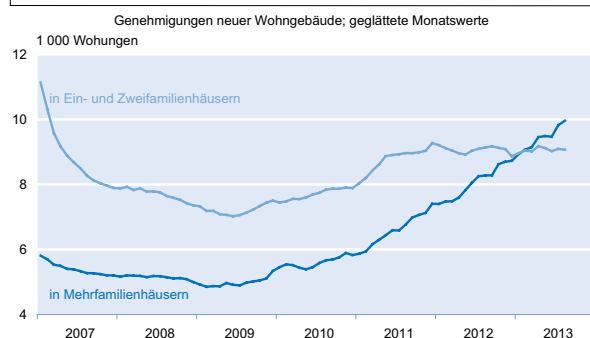
Im Einführungsvortrag gab Ludwig Dorffmeister, ifo Institut, zuerst einen kurzen Überblick über die Wohnungsbauaktivitäten der vergangenen Jahre in Deutschland. Danach ist der hiesige Wohnungsbau eindeutig ein Nutznießer der europäischen Wirtschaftskrise. In den vergangenen Jahren flüchteten immer mehr Investoren und Privathaushalte in Sachwerte, respektive Wohnimmobilien und lösten dadurch eine steigende Baunachfrage in wirtschaftlich stabilen Ländern wie Deutschland, aber auch Norwegen oder der Schweiz aus. Gründe für das veränderte Investitionsverhalten sind in erster Linie Inflationsängste bei gleichzeitig niedrigen Sparzinsen und fehlenden Anlagealternativen. Hinzu kam die Furcht vor einem Zerfall des Eurogebietes. Die überaus günstigen Hypothekenzinsen unterstützten diese Entwicklung. Für eine wachsende Wohnraumnachfrage sorgte überdies eine sprunghaft gestiegene Zuwanderung. Dämpfende Faktoren – wie die in zahlreichen Ballungsgebieten stark verteuerten Grundstückspreise oder die durch die Energieeinsparvorschriften erheblich nach oben getriebenen Baukosten – bremsen die Neubauaktivitäten derzeit nur unwesentlich.

Fokussierung auf den Geschosswohnungsbau

Während die Maßnahmen im Gebäudebestand relativ stabil laufen, haben die Neubaugenehmigungen seit 2009 kräftig zugelegt. Aktuell feiert der Bau neuer Mehrfamiliengebäude ein bemerkenswertes Comeback (vgl. Abb. 25). Im laufenden Jahr werden wohl erstmals seit 1997 wieder mehr Geschosswohnungen genehmigt werden als Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern (»Eigenheime«). Diese Situation ist charakteristisch für einen beginnenden Wohnungsbauboom. Im Mehrfamilienhausbau dürfte daher die positive Entwicklung der vergangenen Jahre – wenn auch in abgeschwächter Form – weitergehen. Dagegen dürfte das

Abb. 25

Comeback des Mehrfamilienhausbaus



Tab. 4
Wohnungsfertigstellungen in Deutschland nach Gebäudearten 2006 bis 2015
1 000 Wohnungen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ^{a)}	2014 ^{a)}	2015 ^{a)}
	Deutschland insgesamt									
In neu errichteten Wohngeb.	220,6	185,3	152,2	136,5	140,1	161,2	176,6	205	225	240
davon in:										
Ein- und Zweifamiliengeb.	150,1	124,0	96,4	83,9	85,4	97,0	100,3	105	110	115
Mehrfamiliengebäuden ^{b)}	70,6	61,3	55,9	52,6	54,7	64,2	76,3	100	115	125
Sonstige Fertigstellungen ^{c)}	28,8	25,4	23,7	22,5	19,7	21,9	23,9	28	30	32
Wohnungen insgesamt	249,4	210,7	175,9	159,0	159,8	183,1	200,5	233	255	272

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – ^{b)} Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen. – ^{c)} In bestehenden Gebäuden (saldiert) sowie in neu errichteten Nichtwohngebäuden.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

Wachstumspotential im Eigenheimbau deutlich geringer sein. Aktuell geht es nämlich vor allem darum, die stark gestiegene Nachfrage nach Miet- und Eigentumswohnungen zu befriedigen, die sich unter anderem durch die fortschreitende Urbanisierung ergibt. Die kürzlich beschlossene zeitliche Verschiebung strengerer Energieeinsparvorschriften für Neubauten von 2014 auf das Jahr 2016 (vgl. EnEV-Novellierung) hat die mittelfristigen Rahmenbedingungen für den Wohnungsneubau weiter verbessert.

Den Prognosen des ifo Instituts zufolge dürfte die Zahl fertiggestellten Wohnungen in neu errichteten Wohngebäu-

den bis 2015 auf rund 240 000 Einheiten zunehmen (vgl. Tab. 4). Hiervon werden auf Mehrfamiliengebäude etwa 125 000 Wohnungen und auf Ein- und Zweifamilienhäuser 115 000 Einheiten entfallen. Im laufenden Jahr werden wohl noch etwas mehr Wohnungen in Eigenheimen (105 000) als in Mehrfamiliengebäuden (100 000) fertiggestellt.

Angesichts rasant steigender Mieten und Kaufpreise in Wachstumsregionen geriet der Wohnungsmarkt vor der Bundestagswahl immer stärker ins Zentrum politischer Überlegungen und öffentlicher Diskussionen. Die Parteien

Tab. 5
Bauinvestitionen in Deutschland nach Bauarten 2006 bis 2015
Verkettete Volumenangaben in Mrd. Euro (Referenzjahr: 2005)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ^{a)}	2014 ^{a)}	2015 ^{a)}
Wohnungsbau	120,81	118,69	114,52	111,57	116,73	127,2	128,5	130,4	135,6	137,0
Nichtwohnbau	88,71	90,14	92,91	89,25	90,52	96,3	92,0	90,7	94,2	95,5
davon:										
gewerblicher Bau	60,99	62,68	65,43	61,59	62,09	67,2	65,8	64,4	66,5	67,4
- gew. Hochbau	45,30	47,14	50,08	47,26	46,93	50,9	49,8	48,6	50,3	51,0
- gew. Tiefbau	15,69	15,54	15,35	14,32	15,17	16,2	16,0	15,8	16,2	16,4
öffentlicher Bau	27,72	27,48	27,50	27,66	28,44	29,2	26,2	26,4	27,7	28,1
- öff. Hochbau	9,82	9,98	10,01	10,74	11,85	11,7	9,8	9,9	10,2	10,3
- öff. Tiefbau	17,90	17,50	17,49	16,94	16,62	17,5	16,4	16,5	17,5	17,8
Insgesamt	209,51	208,84	207,42	200,80	207,23	223,5	220,5	221,1	229,8	232,5
	Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %									
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ^{a)}	2014 ^{a)}	2015 ^{a)}
Wohnungsbau	6,0	- 1,8	- 3,5	- 2,6	4,6	8,9	1,1	1,5	4,0	1,0
Nichtwohnbau	4,4	1,6	3,1	- 3,9	1,4	6,4	- 4,6	- 1,3	3,8	1,4
davon:										
gewerblicher Bau	5,1	2,8	4,4	- 5,9	0,8	8,2	- 2,1	- 2,1	3,3	1,4
- gew. Hochbau	5,1	4,1	6,2	- 5,6	- 0,7	8,6	- 2,2	- 2,5	3,5	1,5
- gew. Tiefbau	5,0	- 0,9	- 1,3	- 6,7	5,9	7,1	- 1,7	- 1,0	2,5	1,0
öffentlicher Bau	2,9	- 0,9	0,1	0,6	2,8	2,6	- 10,1	0,7	4,9	1,4
- öff. Hochbau	4,4	1,6	0,4	7,2	10,3	- 1,5	- 15,8	1,0	3,0	0,5
- öff. Tiefbau	2,2	- 2,2	- 0,1	- 3,2	- 1,9	5,5	- 6,4	0,5	6,0	2,0
Insgesamt	5,3	- 0,3	- 0,7	- 3,2	3,2	7,8	- 1,4	0,3	3,9	1,2

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – Hinweis: Bauinvestitionen, bereinigt um die Immobilientransaktionen zwischen Staats- und Unternehmenssektor.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

versprochen unterschiedliche Markteingriffe, um gegen die vermeintlichen Übertreibungen vorzugehen. Anfang November einigten sich Union und SPD in den Koalitionsverhandlungen auf das »Paket für bezahlbares Bauen und Wohnen«. Dieses enthält etwa zusätzliche Mittel für die staatlichen Förderprogramme (z.B. CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW) sowie die Einführung einer steuerlichen Abschreibung für die energetische Gebäudesanierung und die Wiedereinführung einer degressiven AfA – letzteres lediglich für den Mietwohnungsneubau. Auf der anderen Seite soll zukünftig die Miete bei Mieterwechsel nur noch um maximal 10% über dem vergleichbaren, lokalen Niveau liegen dürfen – Erstvermietungen werden hiervon wohl ausgenommen sein. Zudem dürfen in »angespannten« Wohnungsmärkten die Bestandsmieten nur noch um höchstens 15% innerhalb von vier Jahren (derzeit drei Jahre) angehoben werden. Die »Modernisierungsumlage« (bisher 11%) soll überdies auf 10% sinken (gilt nicht für energetische/altengerechte Sanierungen). Die einzelnen Maßnahmen stellen bisher lediglich Verhandlungsergebnisse der Parteien dar. Deren tatsächliche Umsetzung und vor allem Ausgestaltung – im Falle einer erfolgreichen Koalitionsverhandlung – ist noch lange nicht beschlossen. Die einzelnen Maßnahmen dürften teils positive, teils negative Auswirkungen auf die Sanierungs- bzw. Neubautätigkeit haben. Über die Gesamteffekte kann daher derzeit nur spekuliert werden.

Nach der aktuellen Investitionsprognose des ifo Instituts dürften die Wohnungsbauaktivitäten bis 2015 spürbar wachsen, wobei die Impulse vor allem aus dem Neubaubereich kommen werden. Die derzeit positiven Rahmenbedingungen werden wohl auch mittelfristig die Oberhand behalten. 2013 dürfte ein moderates und 2014 ein starkes Wachstum zu beobachten sein (vgl. Tab. 5).

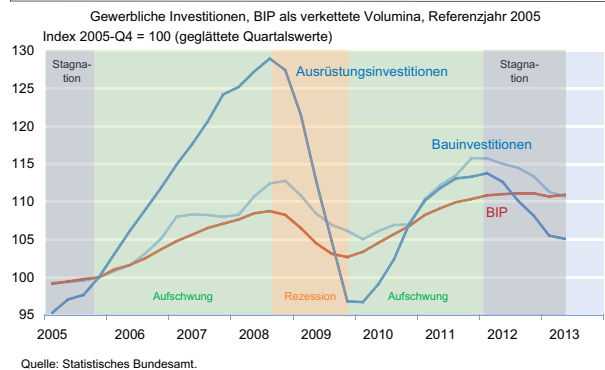
Firmen scheuen derzeit größere Investitionen

Die gewerbliche Baunachfrage ist in der Regel sehr stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Sobald die Wirtschaft an Schwung verliert und die nahe Zukunft keine rasche Belebung verspricht, halten sich die Unternehmen mit Investitionen zurück. So werden beispielsweise in Phasen der Stagnation weniger langlebige Güter wie Fahrzeuge oder Maschinen geordert, aber auch weniger für die Modernisierung des Gebäudebestandes ausgegeben. Zudem werden geplante Neubauvorhaben einer genaueren Prüfung unterzogen.

Die deutsche Volkswirtschaft ist – vor allem aufgrund der ungünstigen Absatzsituation in vielen europäischen Ländern – seit Anfang 2012 kaum gewachsen (vgl. Abb. 26). Diese Stagnation war bereits ein beachtlicher Erfolg, der der besseren Entwicklung auf außereuropäischen Absatzmärkten zuzuschreiben ist. Gleichwohl haben die Firmen auf diese

Abb. 26

Gewerbebau leidet unter der Wirtschaftsflaute



nachhaltige Schwächephase reagiert und ihre Investitionen merklich zurückgefahren.

Die entscheidende Frage für die zukünftige Entwicklung dieser Bausparte ist deshalb, wann eine spürbare Konjunkturbelebung einsetzt. Die Institute der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose erwarten für 2014 eine spürbare Erholung der inländischen Wirtschaftstätigkeit (+ 1,8%) – nach einem nur geringen Wachstum in 2013 (+ 0,4%). Auch die Auslandsnachfrage dürfte im nächsten Jahr deutlich zulegen (Exporte: + 5,0%). In vielen europäischen Ländern wird die Lage zwar schwierig bleiben, vielerorts deutet sich jedoch immerhin eine Stabilisierung an. Die Weltwirtschaft wird den Prognosen der Institute zufolge 2014 voraussichtlich um 3,5% wachsen (Messkonzept gemäß IWF).

Parallel hierzu werden die Unternehmen ihre Investitionszurückhaltung immer weiter aufgeben. Davon dürfte auch der Bausektor profitieren. Für 2014 ist mit einem Zuwachs der gewerblichen Bauinvestitionen von nahezu 3½% auszugehen, wobei der Hochbau etwas stärker zulegen dürfte. Auch der Ausblick für 2015 bleibt positiv (+ 1,4%).

Im laufenden Jahr befindet sich die gewerbliche Baunachfrage allerdings noch im Rückwärtsgang. So dürfte – aufgrund der allgemeinen Verunsicherung – im Gesamtjahr 2013 ein ähnlich großer Rückgang der Bauinvestitionen erfolgen wie bereits im Vorjahr (jeweils + 2,1%). Immerhin gehen die Konjunkturforscher der Institute für die zweite Jahreshälfte 2013 von einem deutlich günstigeren allgemeinen Konjunkturverlauf aus. Von Juli bis Dezember 2013 soll nämlich das Bruttoinlandsprodukt um mehr als 1% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zunehmen. Diese Entwicklung dürfte sich sicherlich positiv auf die gewerbliche Baunachfrage auswirken.

Kommunale Finanzlage bleibt vielerorts angespannt

Städte und Gemeinden zeichnen sich für rund drei Fünftel der öffentlichen Baunachfrage verantwortlich. Daher ist de-

ren finanzielle Verfassung von überragender Bedeutung für die Entwicklung dieser Bauparte. Zwar haben sich die kommunalen Steuereinnahmen seit der Finanzkrise wieder deutlich erholt, gleichzeitig sind allerdings auch die laufenden Ausgaben seit damals spürbar gestiegen. Zudem haben sich zahlreiche Kommunen im Zuge der Konjunkturprogramme finanziell übernommen, um die Zuschüsse für ausgewählte Hochbauvorhaben zu erhalten. Die Konsolidierung wird vielerorts also noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Der seit August geltende Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern unter drei Jahren hat die Lage von Städten und Gemeinden – trotz der Finanzierungszuschüsse vom Bund – zusätzlich erschwert. Die laufenden Kosten für den Unterhalt der neuen Kindertagesstätten belasten die öffentlichen Budgets weiter. Immerhin ist davon auszugehen, dass sich der Bund an einigen ausgewählten Aufgaben der Kommunen zukünftig stärker finanziell beteiligen wird. Der große »Befreiungsschlag« ist jedoch nicht zu erwarten.

Der von der amtlichen Statistik ausgewiesene Finanzierungssaldo der Kommunen täuscht über die tatsächliche Situation vieler Städte und Gemeinden hinweg. Auch wenn die Einnahmen in diesem Jahr moderat über den Ausgaben liegen werden, so dürften bei nicht wenigen Kommunen nach wie vor große finanzielle Lücken klaffen – und in vielen Fällen die Verschuldung sogar noch weiter steigen.

Das KfW-Kommunalpanel und diverse Befragungen weisen immer wieder auf die immer größer werdenden Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen hin. Eine spürbare Belebung der kommunalen Baunachfrage ist so gut wie ausgeschlossen, solange ein wesentlicher Teil der Städte und Gemeinden rote Zahlen schreibt. Gerade wirtschaftlich benachteiligte Regionen sind davon betroffen.

Eine von Ernst & Young im Juni/Juli dieses Jahres durchgeführte Umfrage zeigt, dass im Sommer noch fast 60% der Befragten von einem Finanzdefizit für 2013 ausgingen (vgl. Abb. 27). Weniger als ein Drittel dürfte demnach Überschüs-

se erzielen. Beängstigender sind allerdings die Einschätzungen zur Entwicklung in den kommenden drei Jahren. Die Hälfte der befragten Kommunen rechnete mit einer Zunahme, nur knapp 40% erwarteten einen Rückgang ihrer Schuldenlast. Angesichts der Tatsache, dass die Finanzierungszinsen irgendwann wieder deutlich steigen werden, sind die Vorzeichen für größere Handlungsspielräume in Sachen Bauinvestitionen alles andere als gut.

Verkehrsinvestitionen dürften ab 2014 deutlich angehoben werden

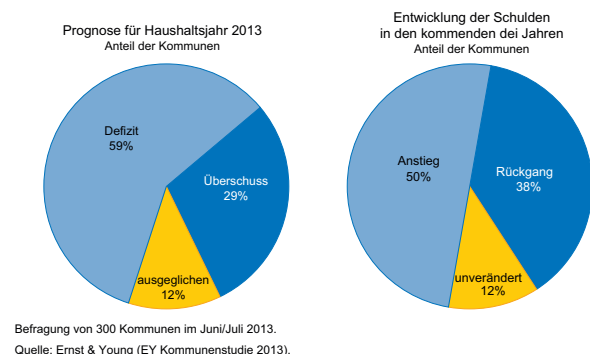
Die Bauwirtschaft setzt ihre Hoffnungen in diesem Bereich deshalb vor allem auf eine deutliche Ausweitung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen seitens des Bundes ab 2014, die sich immer mehr abzeichnet. Der Beschluss der Sonder-Verkehrsminister-Konferenz von Anfang Oktober beinhaltet einen denkbaren Fahrplan, wie schließlich von 2019 an jährlich insgesamt gut 7 Mrd. Euro mehr in die Verkehrswege von Bund, Ländern und Gemeinden investiert werden könnte – im Vergleich zum Jahr 2012. Einerseits sollen ab 2014 wesentlich mehr Steuereinnahmen des »Verkehrsbereichs« (u.a. Kfz-Steuer, Mineralölsteuer) in die Verkehrswege fließen als bislang (2,7 Mrd. Euro). Davon soll rund 1 Mrd. Euro den Bahnanlagen (Bahndividende und Aufstockung LuFV: jeweils rund 500 Mill. Euro) und etwa 200 Mill. Euro den Wasserwegen zugutekommen. Der Rest ist laut Beschluss der Konferenz für den Straßenbau vorgesehen. Vor allem aber soll die Lkw-Maut mittelfristig stufenweise auf deutlich mehr Strecken und Fahrzeuge ausgeweitet werden.

Inwieweit die Vorschläge, die auf den Bericht der Kommission für »Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung« – unter Vorsitz des ehemaligen Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig – zurückgehen, umgesetzt werden, wird sich in den nächsten Wochen der Koalitionsverhandlungen zeigen. Eigentlich sollte der Bericht als Blaupause für den Koalitionsvertrag dienen. Deutlich stärker im öffentlichen Fokus ist dagegen die Einführung einer »Pkw-Maut für Ausländer«, die aber wohl nur vergleichsweise geringe Zusatzeinnahmen generieren dürfte.

Ähnlich wie im Wohnungsbau stehen in den nächsten Wochen also auch im öffentlichen Bau noch einige für die Baunachfrage relevante Entscheidungen an. Die Prognose für diesen Teilsektor wird dadurch wesentlich erschwert. Nach der gegenwärtigen Einschätzung wird vor allem der Bund seine Infrastrukturausgaben ab 2014 deutlich ausweiten. Hiervon dürfte vor allem der Tiefbau profitieren, wobei zu berücksichtigen ist, dass Investitionen, die durch das staatlich kontrollierte »Unternehmen« Deutsche Bahn AG getätigt werden, statistisch im gewerblichen Bau verbucht werden.

Abb. 27

Vielen Kommunen geht es weiterhin schlecht



Insgesamt werden die öffentlichen Bauinvestitionen nächstes Jahr voraussichtlich um knapp 5% und 2015 um weitere rund 1,5% wachsen. Das Tiefbausegment dürfte dabei wesentlich stärker zulegen können als der Hochbaubereich, der aber ebenfalls Zuwächse verzeichnen wird. Für das laufende Jahr ist dagegen – auch aufgrund der ungünstigen Witterung – lediglich von einem kleinen Plus von gut ½% auszugehen – und das, obwohl 2012 die öffentlichen Bauinvestitionen um über 10% nachgaben.

Allgemeines »zurück in die Stadt« nicht nachweisbar

Reiner Braun, empirica ag, eröffnete seinen Vortrag »Bezahlbares« Wohnen in Metropolen mit Aussagen zum Wanderungsmuster in Deutschland in den vergangenen knapp 20 Jahren. Hierbei konzentrierte er sich exemplarisch auf zwei Dreijahreszeiträume sowie drei Regionstypen. Danach waren 1996 – 1998 sowohl in den heutigen Wachstums- als auch den heutigen Schrumpfsregionen die Kernstädte so gut wie ausschließlich die »Verlierer«. Es fand nämlich eine spürbare Abwanderung von dort in die Umland-Regionen statt. In den Jahren 2009 bis 2011 gab es dagegen in den Schrumpfsregionen kaum Veränderungen. Aus den Wachstumsregionen wanderten zwar weiterhin – aber in deutlich geringerem Umfang als 1996/98 – Einwohner ins Umland ab. Die mit Abstand größte Wanderungsbewegung war jedoch ein kräftiger überregionaler Zustrom in die Kernstädte der Wachstumsregionen, wobei hier auch der Zuzug aus dem Ausland eine wesentliche Rolle spielte.

Es überrascht daher nicht, dass ab 2009 bei den Immobilienpreisen – die bis 2008 noch rückläufig waren – eine leichte Aufwärtstendenz zu beobachten war (vgl. Abb. 28). Diese Tendenz verstärkte sich ab 2012 sichtlich, so dass in dem Zeitraum von knapp vier Jahren (erstes Quartal 2010 bis einschließlich drittes Quartal 2013) die Preise für neuere Ein- und Zweifamilienhäuser um durchschnittlich rund 13%, die für neuere Eigentumswohnungen sogar im Durchschnitt um rund 17% kletterten.

Abb. 28
Preissteigerungen auf dem Wohnungsmarkt

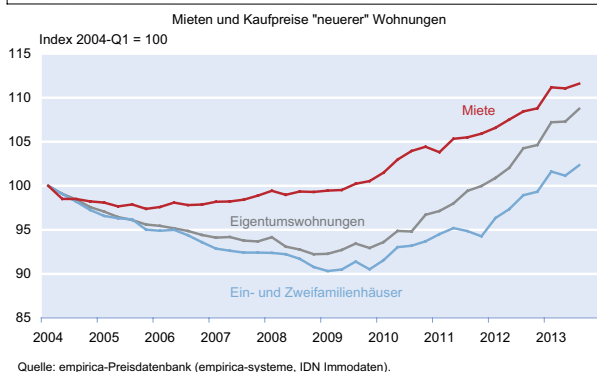
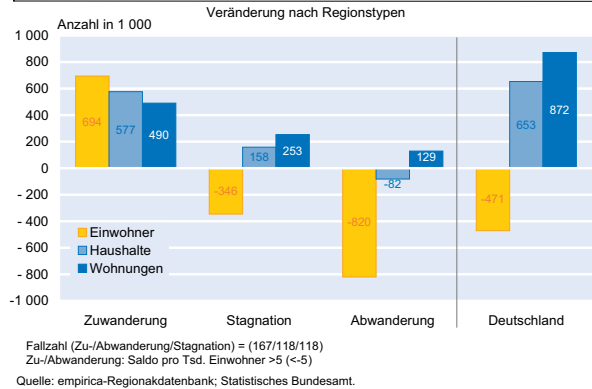


Abb. 29
Entwicklung von Wohnungsnachfrage und -angebot 2006–2011



Bereits einige Jahre zuvor – 2006 – waren die Mietpreise etwas angezogen und setzten ihren sanften Aufwärtstrend auch in den Jahren der heftigsten Turbulenzen an den Finanzmärkten fort. Dennoch stiegen die Mieten in knapp acht Jahren (bis einschließlich drittes Quartal 2013) im Durchschnitt lediglich um nahezu 14% (alle Baujahre). Dabei erreichten die Mieten in Wachstumsregionen in diesem Zeitraum ein Plus von rund 19%, während in Regionen mit schrumpfender Bevölkerung die Mieten im Herbst 2013 immerhin noch um durchschnittlich 5% höher waren als Ende 2005.

Diese Entwicklung dürfte nicht unwesentlich von der Neubautätigkeit in den verschiedenen Regionen beeinflusst worden sein. So nahm beispielsweise in den Jahren 2006 bis 2011 in den Regionen mit hoher Zuwanderung – zumeist die attraktiven Großstädte – die Zahl der Haushalte um rund 577 000 zu, während im selben Zeitraum lediglich ca. 490 000 Wohnungen hinzu kamen (vgl. Abb. 29). Die Anspannung auf diesen Wohnungsmärkten nahm damit zu. Andererseits wurden in den stagnierenden Regionen mit einem Zuwachs von 253 000 Wohnungen fast 100 000 Einheiten mehr gebaut, als sich die Zahl der Haushalte erhöht hatte. In den von Abwanderung betroffenen Regionen klappte die »Schere« mit einer Ausweitung des Wohnungsbestands von 129 000 Einheiten gegenüber einem Rückgang der Zahl der Haushalte um rund 82 000 sogar noch weiter auseinander.

Ende des quantitativen Wohnungsmangels für 2020 erwartet

Auf der Basis der Bevölkerungsvorausberechnung des BBSR und Berechnungen des empirica-Instituts dürfte sich spätestens ab 2020 ein Ende es quantitativen Mangels an den deutschen Wohnungsmärkten abzeichnen. Bis dahin dürfte sich die Wohnungsnachfrage noch auf rund 38½ Mill. Einheiten erhöhen.

Der weitere Wohnungsneubau wird dann ganz wesentlich von regionalen Entwicklungen sowie dem Umfang der Woh-

nungsabgänge geprägt sein. So würde beispielsweise der Leerstand in den schrumpfenden Regionen bis 2030 auf 2,3 Mill. Wohnungen ansteigen – wenn dort bei anhaltender Neubautätigkeit keine Wohnungen abgerissen würden.

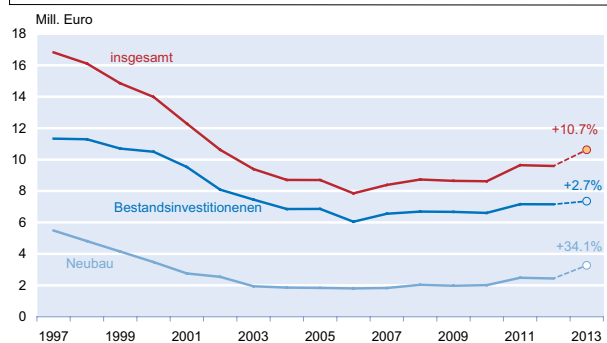
Unabhängig von diesen langfristigen Trends gilt es aber auch zu berücksichtigen, dass der Wohnungsmarkt starke zyklische Entwicklungen aufweist. Das heißt, eine deutliche Ausweitung des Wohnungsangebots wirkt dämpfend auf die Mietpreise. Oder, ein zu geringes Wohnungsangebot forciert steigende Mieten und Immobilienpreise. Der aktuelle Preisanstieg auf verschiedenen Märkten signalisiert die Knappheit des Angebots. Eine gesetzliche Begrenzung der Preiszuwächse ist daher keine Lösung. Nur eine höhere Bautätigkeit kann die Lage mittelfristig entspannen.

Gleichzeitig ist es heute schon wichtig, die »richtigen« Wohnungen zu bauen. Das heißt in erster Linie am richtigen Ort – und in zweiter Linie mit der richtigen Ausstattung. Besonders schädlich sind daher »allgemeine« Subventionen. Denn sie fördern den Neubau auch in Schrumpfungsregionen sowie in »Luxus«-Immobilien. Im ersten Fall werden etliche dieser Wohnungen in einigen Jahren zum Leerstand (meist anderer Wohnungen führen. Im zweiten Fall wird die Förderung lediglich »mitgenommen«, denn die Wohnung wäre auch ohne staatliche Fördermittel – ähnlich luxuriös – erstellt worden.

Herausragende Bedeutung der Immobilienwirtschaft

Christian Lieberknecht vom GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. zeigte in seinem Vortrag »Bedeutung und Herausforderungen für die Wohnungswirtschaft in Deutschland« zunächst die Bedeutsamkeit der Immobilienwirtschaft aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive auf. Danach haben 2011 – in einer weiten Abgrenzung einschließlich Bauwirtschaft, Finanzierung sowie Bauplanungs- und Reinigungsdienstleistungen – rund 3,2 Mill. Unternehmen mit fast 29 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten knapp ein Fünftel zur gesamten Bruttowertschöpfung beigetragen. Der GdW stellt in diesem Kontext mit einem Wohnungsbestand seiner Mitgliedsunternehmen von knapp 6 Mill. eine nicht unbedeutende Größe dar: Bei einem Wohnungsbestand von etwa 41,3 Mill. Wohnungen (Stand: Mai 2011) repräsentiert er also rund ein Siebtel des gesamten Bestandes in Deutschland. Dabei entfällt auf kommunale Wohnungsunternehmen mit 42% der größte Anteil, gefolgt von Wohnungsgenossenschaften (37%) sowie Immobilienunternehmen der Privatwirtschaft (16%) und sonstige Wohnungsunternehmen (5%).

Abb. 30
Entwicklung der Investitionsleistungen bei den vom GdW repräsentierten Unternehmen



Quelle: GdW-Jahresstatistik (2012); eigene Schätzungen auf Grundlage von Planzahlen der Unternehmen.

Die Investitionstätigkeit der Mitgliedsunternehmen war seit 2000 geprägt von einem mindestens rund drei Mal so hohen Investitionsvolumen in Bestands- gegenüber Neubauten (vgl. Abb. 30). 2013 wird der Neubau erstmals wieder deutlich ansteigen (+ 34,1% auf 3,27 Mrd. Euro). Gleichzeitig werden nach den Planansätzen die Mittel für Bestandsinvestitionen von 7,16 Mrd. Euro in 2012 auf 7,35 Mrd. Euro in 2013 angehoben (+ 2,7%). Bezüglich der Neubautätigkeiten ist festzustellen, dass die GdW-Unternehmen vorrangig Wohnungen des oberen bzw. des mittleren Preissegmentes (43% bzw. 40%) errichten, da sich Wohnungsprojekte im unteren Bereich immer seltener betriebswirtschaftlich rechnen.

Im Folgenden behandelte Herr Lieberknecht vier Themenbereiche und ihre Auswirkungen auf die langfristige Investitionstätigkeit der Wohnungswirtschaft:

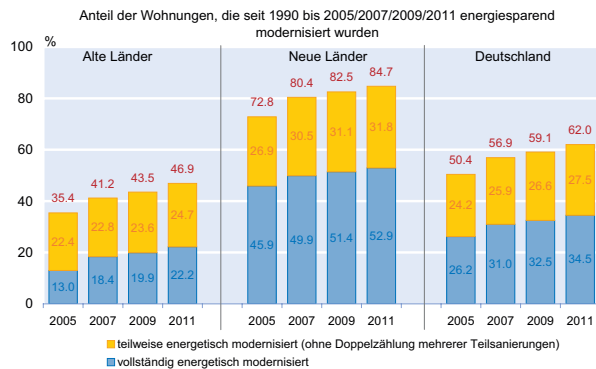
- Einflüsse von Seiten der Demographie,
- Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz,
- Erfordernisse einer alternden Gesellschaft und
- voraussichtlicher Neubau bzw. Abriss.

Trotz eines Zuwanderungssaldos von fast 800 000 Personen in der Siebenjahresperiode 2006 bis 2012 schrumpfte die Bevölkerung in Deutschland um rund 471 000 Personen. Bei einer Differenzierung nach Gebietstypen zeigt sich, dass sowohl städtische Kreise (– 248 000) als auch ländliche Kreise (– 661 000) einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen hatten. Demgegenüber erhöhte sich die Bevölkerung in den kreisfreien Großstädten um 437 000 Personen, wobei gut 90% davon bereits auf die zehn Städte mit den höchsten Bevölkerungszuwächsen entfielen. Absolut gesehen nahm die Bevölkerung und damit die Wohnungsnachfrage in Berlin und München am stärksten zu, während in den dünn besiedelten ländlichen Regionen oftmals sogar die Leerstände anstiegen.

Nahezu zwei Drittel der GdW-Wohnungen energetisch teil- bzw. vollsaniert

Seit 2005 haben die GdW-Mitgliedsunternehmen ihre Bestandsinvestitionen merklich erhöht (von 6 Mrd. Euro auf

Abb. 31

Energiesparende Modernisierungsmaßnahmen der GdW-Unternehmen

über 7 Mrd. Euro). Ein ganz wesentlicher Anteil dieser Mittel ging in Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz der Gebäude. Der Anteil der vollständig energetisch modernisierten Wohnungen erhöhte sich dabei in den neuen Ländern von 46% in 2005 auf 53% in 2011 (vgl. Abb. 31). Rechnet man die zumindest teilweise energetisch modernisierten Wohnungen hinzu, ergeben sich für 2005 bzw. 2011 Quoten von 73 bzw. 85%. Die Daten für die alten Länder sind wesentlich kleiner. Hier wurden bis zum Jahr 2011 erst 47% der Wohnungen vollständig (22%) bzw. teilweise (25%) energetisch modernisiert. Der Wohnungsbestand aller GdW-Mitgliedsunternehmen war damit 2011 zu 62% vollständig (34½%) bzw. teilweise (27½%) energetisch modernisiert. Damit konnte der mittlere Energieverbrauch von 145,2 kWh/m² und Jahr in 2007 auf 138,4 kWh/m² und Jahr reduziert werden, was einem Rückgang von knapp 5% entspricht. Der bundesweite Vergleichswert über den gesamten Wohnungsbestand liegt bei 163 kWh/m² und Jahr. Investitionen zur Erhöhung der Energieeffizienz dürften zukünftig immer schwieriger werden, da die Wohnkaufkraft der Mieter in vielen Fällen bei weitem nicht ausreicht, um die an sich wirtschaftlich notwendigen Mieterhöhungen realisieren zu können.

Alle Bevölkerungsprognosen signalisieren bereits seit Jahren eine sichtliche »Vergreisung« der Bevölkerung. So kommt die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zu dem Ergebnis, dass sich die Zahl der 65- bis unter 80-Jährigen bis 2035 noch um rund 30% erhöhen, die der über 80-Jährigen sich bis 2050 aber sogar mehr als verdoppeln wird. Der Wohnungsmarkt wird hierauf zukünftig stärker reagieren müssen. Der GdW beispielsweise plant, den Bestand an barrierefreien bzw. barrierearmen Wohnungen von rund 328 000 Wohneinheiten 2012 auf 392 000 im Jahr 2015 zu erhöhen. Knapp 7% der gesamten von GdW-Mitgliedsunternehmen bewirtschafteten Wohnungen wären dann altersgerecht bzw. zumindest barrierearm. Über den gesamten Wohnungsbestand in Deutschland gerechnet beträgt dieser Anteil lediglich 1,5 bis 2%. Schätzungen gehen davon aus, dass in den nächsten

Jahren bis zu 3 Mill. Wohnungen altersgerecht zu erstellen bzw. »nachzurüsten« sind.

Bei den GdW-Unternehmen hat sich die Neubautätigkeit zwar bereits seit 2010 etwas belebt, aber erst 2013 wird es zu einer spürbaren Erhöhung der Neubauinvestitionen kommen. In Deutschland insgesamt wurde 2009 der Tiefpunkt bei den Wohnungsfertigstellungszahlen (158 987 WE, alle Baumaßnahmen bzw. Gebäudearten) erreicht, 2012 wurden wieder gut 200 000 Fertigstellungen registriert. Andererseits hat beispielsweise das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) einen mittelfristigen Bedarf von bis zu 260 000 fertiggestellten Wohnungen pro Jahr ermittelt. Die anhaltend hohe Wohnungsnachfrage wird wohl auch die Neubautätigkeit der GdW-Mitgliedsunternehmen weiter steigern. Um die erforderliche Neubaunachfrage sowie die notwendige Anpassung der Wohnungsbestände jedoch auch realisieren zu können, müsste die Politik folgende Wünsche der Wohnungswirtschaft berücksichtigen:

- keine Verschärfungen bei der EnEV,
- keine Mietpreisbremse,
- keine Grundstücksvergabe nach dem Höchstpreisverfahren und
- angemessene Ausstattung der vorhandenen Förderprogramme.

Branchenforum 4: Konjunkturelle Entwicklung im Dienstleistungssektor

Gernot Nerb, Harald Blau und Anita Jacob-Puchalska
unter Mitarbeit von Rudolf Stanga

Dienstleistungssektor in Deutschland konjunk- tureresistenter als im europäischen Durchschnitt

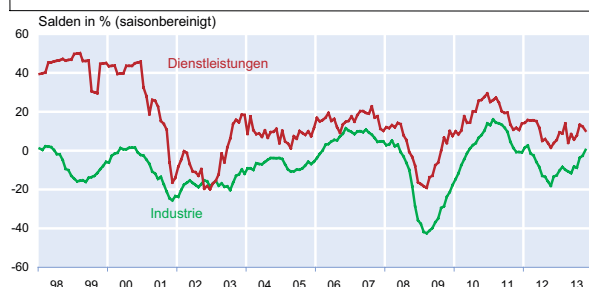
Die über weite Strecken des Jahres 2012 beobachtete konjunkturelle Schwäche in der Gesamtwirtschaft, die auch auf den Dienstleistungsbereich ausstrahlte, war – wie beim letztjährigen ifo Branchen-Dialog richtig prognostiziert – nur ein vorübergehendes Phänomen. Seit dem zweiten Quartal 2013 ist ein zaghafter konjunktureller Erholungsprozess im Dienstleistungssektor wie auch in der Gesamtwirtschaft insgesamt zu beobachten, der sich 2014 deutlich verstärken wird und auch 2015 anhalten dürfte.

Neben der insgesamt nach oben gerichteten konjunkturellen Gesamttendenz kommen dem Dienstleistungssektor in Deutschland im Prognosezeitraum weiterhin strukturelle Verschiebungen in der Wirtschaft zugute: Der Outsourcing-Trend hat sich zwar deutlich verlangsamt, erhöht aber immer noch das Wachstumspotenzial im Dienstleistungssektor, längerfristig allerdings auch die Konjunkturanfälligkeit von außen. So tendieren sowohl Wirtschaftsunternehmen als auch öffentliche Institutionen weiterhin dazu, sich von Tätigkeiten zu entlasten, die nicht zu ihren Kernkompetenzen gehören. Auch demographische Trends begünstigen weitere Anteilsgewinne des Dienstleistungssektors. Hiervon gehen Impulse u.a. auf die Sektoren Gesundheit und Weiterbildung aus.

Insbesondere die unternehmensbezogenen technischen Dienstleistungen profitieren von der wettbewerbsstarken deutschen Industrie, für die sie wichtige Zulieferfunktionen übernehmen. Wohl aus all diesen Gründen ist der Dienstleistungssektor in Deutschland in den zurückliegenden Jahren weniger konjunkturanfällig gewesen als in den meisten anderen europäischen Ländern (vgl. Abb. 32 und 33).

Abb. 32

EU-Vertrauensindikatoren^{a)} im Vergleich: Dienstleistungen und Industrie Deutschland

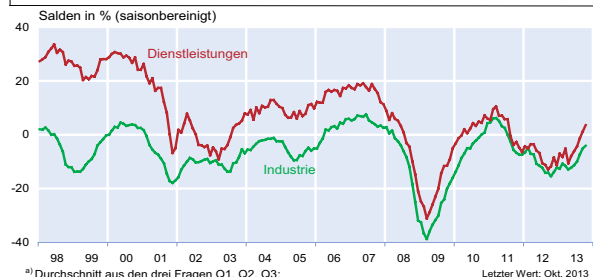


^{a)} Durchschnitt aus den drei Fragen Q1, Q2, Q3:
Q1: Entwicklung der Geschäftslage in den vergangenen drei Monaten
Q2: Entwicklung der Nachfrage in den vergangenen drei Monaten
Q3: Erwartung für die Nachfrageentwicklung in den nächsten drei Monaten

Quelle: EU-Kommission.

Abb. 33

EU-Vertrauensindikatoren^{a)} im Vergleich: Dienstleistungen und Industrie Europäische Gemeinschaft



^{a)} Durchschnitt aus den drei Fragen Q1, Q2, Q3:
Q1: Entwicklung der Geschäftslage in den vergangenen drei Monaten
Q2: Entwicklung der Nachfrage in den vergangenen drei Monaten
Q3: Erwartung für die Nachfrageentwicklung in den nächsten drei Monaten

Quelle: EU-Kommission.

Die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors und die damit einhergehende Tertiarisierung der Wirtschaft spiegeln sich deutlich in der Zusammensetzung der Bruttowertschöpfung wider: Während in Deutschland 1970 noch sowohl der Dienstleistungsbereich als auch das produzierende Gewerbe jeweils rund 48% zur Bruttowertschöpfung beisteuerten, lag der Anteil des Dienstleistungssektors im Jahr 2012 bei rund 68% (in jeweiligen Preisen); das produzierende Gewerbe trug rund 26% zur Bruttowertschöpfung bei. Der Industrieanteil hat sich in den vergangenen 40 Jahren deutlich verringert, ist zuletzt jedoch etwa konstant geblieben. Auch innerhalb des Dienstleistungssektors ist in den vergangenen 40 Jahren ein Strukturwandel festzustellen. Während früher eher haushaltsnahe Dienstleistungen (z.B. Gastgewerbe) in Anspruch genommen wurden, hat sich der Schwerpunkt hin zu den unternehmensnahen Dienstleistungen verschoben. Gerade in Deutschland stellt die Industrie in erheblichem Maße eine Triebfeder für das Umsatzwachstum und die Beschäftigtenzunahme im Dienstleistungssektor dar. Nach Untersuchungen des DIW auf Basis der letztverfügbaren Input-Output-Analyse für das Jahr 2009 hingen rd. 13% der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich (dies sind rund 3,8 Mill. Personen) von der Industrie ab; bei den unternehmensnahen Dienstleistungen sind dies sogar 22,5% der in diesem Bereich Tätigen.²

Konjunkturelle Prognosen für ausgewählte Dienstleistungsbranchen³

Transportsektor

Gesamttrend und Entwicklung 2012

Der Wirtschaftsbereich Verkehr und Lagerei nimmt innerhalb des Dienstleistungssektors mit einem Umsatz von rund

² Vgl. Edler, D. und A. Eickelpasch (2013), »Die Industrie- ein wichtiger Treiber der Nachfrage nach Dienstleistungen«, *DIW-Wochenbericht* (34), 16–23.

³ Die hier vorgestellten Prognosen basieren auf ökonomischen Schätzungen sowie auf dem Branchenwissen der ifo-Experten, wie es z.B. in der Veröffentlichung »VR Branchen special« zum Ausdruck kommt, die im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) erstellt wird. Es werden hierbei zweimal im Jahr für mehr als 100 Branchen Berichte erstellt, die einzeln nur bei den Volks- und Raiffeisenbanken erhältlich sind. Eine Zusammenstellung ausgewählter ökonomischer Schätzergebnisse findet sich in Tabelle 6.

225 Mrd. Euro und rund 2 Mill. tätigen Personen eine wichtige Rolle ein. Die Logistik ist in Deutschland die drittgrößte Branche nach der Automobilindustrie und dem Maschinenbau. Etwa die Hälfte der Logistikleistungen wird dabei von den Produktions- und Handelsunternehmen selbst erbracht. Der anhaltende Outsourcing-Trend von Werkverkehren in Industrie und Handwerk wirkt in der Branche zwar weiterhin nachfrageverstärkend, konnte aber im vergangenen Jahr (2012) den Umsatzrückgang nicht stoppen.

Der Absatzverlauf im Speditions- und Logistikgewerbe bestätigt die Erkenntnis aus früheren Konjunkturzyklen, dass dieser Sektor traditionell sehr konjunktursensibel reagiert. Im Jahre 2012 kam es wegen der angesprochenen gesamtwirtschaftlichen Schwächetendenz zu einem Rückgang des Transportaufkommens der *Landverkehrsträger* um rund 2%. Im *Seeverkehr* blieb das Transportvolumen zwar 2012 in etwa konstant; wegen der international erheblichen Überkapazitäten setzte jedoch ein starker Rückgang der Frachtraten ein, der bis zuletzt anhielt. Bei der ebenfalls sehr konjunkturanfälligen *Luftfracht* kam es 2012 zu einem Rückgang des Transportaufkommens um 2,7%.

Mit der seit dem zweiten Quartal 2013 langsam begonnenen konjunkturellen Erholung in der Gesamtwirtschaft und dem positiven Konjunkturausblick für die kommenden Quartale, hellt sich das konjunkturelle Umfeld des Transportsektors deutlich auf. Ein wichtiger Impulsgeber ist erfahrungsgemäß der Welthandel: Hatte der Welthandel in 2010 und 2011 kräftig expandiert (12,3 bzw. 5,7%), so verlor er im abgelaufenen Jahr 2012 deutlich an Dynamik (knapp 3%). Auch 2013 wird das Expansionstempo des Welthandels mit ca. 2,1% noch deutlich hinter dem langfristigen Durchschnitt zurückbleiben. 2014 und 2015 wird jedoch – im Einklang mit der konjunkturellen Erholung der Weltwirtschaft – der Welthandel wieder an Fahrt gewinnen (2014: + 4,2%). Hierdurch begünstigt wird insbesondere der in besonders hohem Maße konjunktursensible grenzüberschreitende Transportsektor.

Aktuelle Entwicklung und Prognose nach Transportsparten

Im Laufe des Jahres 2013 setzte sich in allen Transportbranchen eine konjunkturelle Erholungstendenz durch. Bei den *Landverkehrsträgern* wird das Transportvolumen in diesem Jahr um 2% zunehmen und damit wieder das Niveau von 2011 erreichen. Bei der *Seefracht* und der *Luftfracht* dürfte sich 2013 eine Zunahme des Transportvolumens um jeweils 1,5% ergeben. Wegen der nach wie vor häufig nicht kostendeckenden Frachtraten im Seegeschäft bleibt jedoch hier die wirtschaftliche Lage weiterhin angespannt.

Das Transportvolumen im gesamten Speditions- und Logistikgewerbe wird in den Jahren 2014 und 2015 voraussichtlich deutlich schneller expandieren; die Schätzungen gehen von mindestens 3 bis 4% pro Jahr aus. Diese Prognose

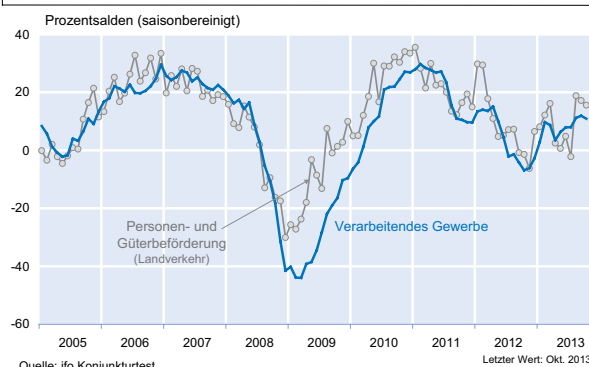
basiert zum einen auf dem angesprochenen konjunkturellen Erholungsprozess in der Gesamtwirtschaft, zum anderen auf den damit einhergehenden Strukturverschiebungen. Sind in der Anfangsphase eines konjunkturellen Erholungsprozesses die für das Transportaufkommen besonders wichtigen Ausrüstungsinvestitionen noch schwach, so dürften sie mit fortschreitendem Aufschwung – wie für 2014 und 2015 erwartet – weltweit deutlich zulegen. Bei der erwarteten Investitionsbelebung handelt es sich zwar um ein weltweites Phänomen, von dem Deutschland allerdings wegen seiner Spezialisierung in diesem Bereich überdurchschnittlich profitieren dürfte. Dies wird sich stimulierend auf das Transportaufkommen – und zwar gleichermaßen auf den Landverkehr, die Luftfracht und Seefracht – auswirken und zu einem im Vergleich zur Gesamtwirtschaft überproportionalen Anstieg führen.

In Nachbarbereichen des Transportsektors wie etwa *Güterbeförderung im Straßenverkehr, Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen wie auch bei den Post-, Kurier- und Expressdiensten*, schlägt sich die konjunkturelle Verlangsamung in der Umsatz- und Ertragsentwicklung deutlich weniger stark nieder als im Gesamtdurchschnitt. Diese Bereiche hängen vorwiegend von der Inlandskonjunktur ab und haben sich im bisherigen Konjunkturverlauf dank lebhafter Konsum- und Baukonjunktur als relativ robust erwiesen und werden dies im Prognosezeitraum voraussichtlich auch bleiben. 2014 und 2015 ist mit einem voraussichtlichen Zuwachs von 5% (2014) bzw. 3,5% (2015) zu rechnen; alle Sparten des Transportsektors werden damit 2014/15 voll an der erwarteten Konjunkturerholung partizipieren.

Software und IT-Dienstleistungen

Die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) gilt als maßgeblicher Treiber von Produktivität und Innovationen. Die Segmente Software- und IT-Dienstleistungen werden nach einer Schätzung des Branchenverbandes BITCOM 2013 voraussichtlich 54 Mrd. Euro umsetzen, knapp 18 Mrd. Euro (+ 5% gegenüber 2012) entfallen dabei auf Software-Geschäfte, 36 Mrd. Euro auf IT-Services (+ 3%). Ein

Abb. 34
Vergleich des Geschäftsklimas: Transport und Verarbeitendes Gewerbe



Großteil der Unternehmen plant aufgrund der günstigen Wachstumsaussichten in der Branche Neueinstellungen, jedoch bereitet der Fachkräftemangel der Branche seit einigen Jahren Sorge.

Mittelfristig, also bis etwa 2018, zeichnen sich für die Gesamtbranche sehr gute Wachstumsperspektiven ab, die deutlich über dem Wachstum der Gesamtwirtschaft liegen dürften. Das Marktforschungs- und Marktbeobachtungsinstitut Lünendonk, dessen Inhaber hier im vergangenen Jahr referiert hat, erwartet für die führenden IT-Beratungs- und Systemintegrationsunternehmen ein durchschnittliches nominales Wachstum von 8,5% pro Jahr. Nicht ganz so hoffnungsvoll sind die Erwartungen der Standard-Softwareunternehmen sowie der Unternehmen im Marktsegment IT-Service. Die Unternehmen gehen mittelfristig von einem Wachstum von 4,5 bzw. 3,5% pro Jahr aus.

Cloud Computing gewinnt in der Branche überdies zunehmend an Bedeutung und entwickelt sich zu einer wichtigen Geschäftstriebfeder. Cloud-Dienste ermöglichen eine gemeinsame Nutzung von technischer Infrastruktur, also von IT-Leistungen wie Speicherplatz, Rechenleistung oder Anwendungsprogrammen und beeinflussen so maßgeblich die Bereitstellung von IT-Leistungen. Für das laufende Jahr werden die Umsätze allein mit Business Cloud Computing vom Branchenverband auf 4,6 Mrd. Euro geschätzt – mit weiter deutlich wachsender Tendenz. Die mittelfristig überaus positiven Wachstumsaussichten werden derzeit allerdings noch von verschiedenen Bedenken der Anwender gebremst, beispielsweise hinsichtlich Datenschutz, Verschlüsselung, Integrationsfähigkeit oder Unsicherheiten über die geltende rechtliche Grundlage.

Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung

Der Bereich Rechtsberatung ist im Vergleich zur Unternehmensberatung deutlich weniger zyklisch. Nach den Daten des Statistischen Bundesamts verbuchte die Rechtsberatung 2012 ein Honorarplus von 3,0% (2011: + 3,7%). 2013 dürfte der Rechtsberatungsmarkt mit einem deutlichen Umsatzplus abschließen, nicht zuletzt, da es zum 1. August 2013 zu einer Erhöhung der Anwaltshonorare kam, der ersten seit der letzten Reform 2004. Das Gesamtvolumen der Anhebung dürfte bei etwa 12% liegen. Da sich erst im kommenden Jahr die Gebührenanhebungen budgetär voll auswirken werden, ist 2014 mit einem beschleunigten Anstieg der Anwaltshonorare zu rechnen. In den Jahren 2013/14 ist wieder ein ordentliches Umsatzplus in der Größenordnung von jeweils 5 bis 6% zu erwarten.

Werbung und Marktforschung

Werbung gehört zu den stark konjunkturabhängigen Wirtschaftsaktivitäten. Werbeausgaben reagieren weitgehend

prozyklisch auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, auch wenn von der Theorie her mehr ein antizyklisches Werbeverhalten angezeigt wäre. Werbeausgaben unterliegen aber wie andere Marketingaufwendungen stark dem Kostendenken. Es überrascht daher nicht, dass mit der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Deutschland, die nach gutem Start im Laufe des Jahres 2012 mehr und mehr an Fahrt verloren hat, auch der Werbemarkt Schwächen zeigte. Während das Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts von 3,9% 2011 auf 2,0% 2012 zurückging, sind die Bruttowerbeausgaben in 2012 um 0,8% gesunken, nach einem Anstieg von 1,3% 2011.

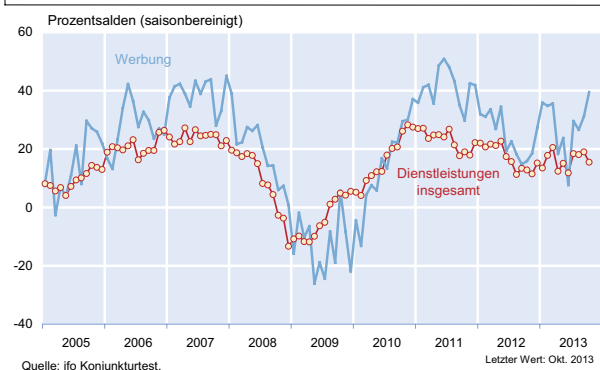
Der Gesamtumsatz der Werbebranche lag nach Schätzungen des ZAW (Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft) im Jahre 2012 bei 29,7 Mrd. Euro. Der deutsche Werbemarkt macht bereits seit einigen Jahren einen erheblichen strukturellen Wandel durch. Der Online-Werbemarkt gewinnt zunehmend Marktanteile, während der Printbereich deutliche Einschnitte verkraften muss. Fernsehen, das an Werbeausgaben gemessen stärkste Medium der Branche, wird seine Marktstellung in der Werbewirtschaft weiter behaupten können.

Die Umschichtung des Werbeetats auf online, mobile und Social Media wirkt sich besonders hart auf die kleineren Werbeagenturen aus, die es gewohnt sind, traditionelle Werbeformen wie Zeitungen, Zeitschriften, Plakat- und Kinowerbung zu bedienen. Allerdings ist der Umsatzverlauf bei den größeren Agenturen, die auch die Ergebnisse beim ifo Konjunkturtest für die Werbebranche prägen, durchaus dynamischer. Nach dem GWA-Monitor des Gesamtverbands Kommunikationsagenturen vom Herbst 2012 erwarten die hier erfassten meist größeren Werbeagenturen für 2013 ein Umsatzwachstum von nominal 4,5%. Die Aussichten für den Branchendurchschnitt dürften verhaltener sein. Im Großen und Ganzen ist 2013 mit nominal gleichbleibenden Umsätzen und 2014 und 2015 nur mit geringen Zuwächsen in der Größenordnung von 1 bis 2% zu rechnen.

Als externer Experte aus dem Werbebereich referierte beim Dienstleister-Forum *Lothar Leonhard*, CEO von Ogilvy & Ma-

Abb. 35

Vergleich des Geschäftsklimas: Werbung und Dienstleistungen



ther Group Germany and Switzerland und Präsident des Gesamtverbands Kommunikationsagenturen GWA e.V., Frankfurt. Herr Leonhard konzentrierte sich in seinem Referat auf die zunehmenden Einschränkungen der Werbung seitens der Politik. Thesenartig lassen sich seine Aussagen folgendermaßen zusammenfassen:

- Werbung wird instrumentalisiert zur Durchsetzung gesellschaftspolitischer Ziele und für gesellschaftliche Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht.
- Unternehmen werden mit diskriminierenden Vorwürfen an den Pranger gestellt und wagen sich kaum noch zu wehren.
- Die marktwirtschaftliche Funktion wird in Frage gestellt, stellvertretend für die Hinterfragung des freien Wettbewerbs.
- Planwirtschaftliches Denken wird hoffähig. Der Drang zur Regulierung lässt den Bürger zum Objekt staatlicher Bevormundung werden.
- Die absatzfördernde Aufgabe der Werbung wird durch staatliche Eingriffe ins Gegenteil verkehrt. Sie soll eine gesellschaftlich lenkende Rolle übernehmen.
- Werbung ist eine wohlfeile Einflugschneise für staatlichen Dirigismus.

Public Relations und Unternehmensberatung

Ein weiteres Wachstum zeichnet sich auch für die PR- und Unternehmensberatung ab. Der Bereich Unternehmensberatung erreichte im vergangenen Jahr (2012) ein Marktvolumen von rund 22,3 Mrd. Euro (nominal; Schätzung des Bundesverband Deutscher Unternehmensberater, BDU). Der Zuwachs belief sich damit auf reichlich 8%, nach 9,5% im Vorjahr. Damit ist der nominale Umsatz allein in den letzten drei Jahren um 25% gestiegen. Die wichtigsten Treiber für den florierenden Consultingmarkt waren im vergangenen Jahr das Gesundheits- und Sozialwesen (+ 13% gegenüber dem Vorjahr) sowie die Energie- und Wasserversorgung (+ 12%). Auch die Kreditinstitute (+ 11%) gehörten zu wichtigen Auftraggebern der Consultingbranche.

Wie das monatlich vom ifo Institut erhobene Geschäftsklima für die Unternehmens- und Public-Relations-Beratung zeigt, kam es im Frühjahr 2013 zu einer konjunkturellen Abkühlung in der Branche. Zwischenzeitlich zeichnet sich jedoch wieder eine Belebung der Geschäfte ab. Insgesamt erscheint in diesem Jahr ein nominales Umsatzplus von etwa 5% möglich. Auch die mittelfristigen Aussichten für die Unternehmensberaterzunft in Deutschland erscheinen weiterhin positiv. Nach einer Studie von Lünendonk rechnen die 25 führenden Management-Beratungen für die kommenden Jahre (2013–2018) mit einem Umsatzwachstum von etwa 5% im Jahr. Es scheint sich die im vergangenen Jahr aufgestellte These zu bestätigen, dass eine Messung des Be-

ratungserfolgs, verbunden mit einer erfolgsbezogenen Honorierung, immer stärker im Fokus steht.

Zeitarbeit (Leiharbeit, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften)

Auch in der *Zeitarbeitsbranche* macht sich 2013 die gesamtwirtschaftliche Schwächephase bemerkbar. Bereits im vergangenen Jahr waren die Umsätze laut amtlicher Statistik leicht rückläufig, zudem führte die Einführung gesetzlich vorgeschriebener Branchenzuschläge und der damit verbundene Kostenschub für die Unternehmen zu zusätzlicher Zurückhaltung bei der Auftragsvergabe. Die Branchenzuschläge müssen seit November 2012 in bestimmten Branchen gezahlt werden und heben die Löhne schrittweise um bis zu 50% an. Zusätzlich wurden die Tarifentgelte für 2014 im Herbst 2013 erhöht. Zeitarbeit bleibt aber, trotz deutlich gestiegener Kosten, für die Wirtschaft ein wichtiges Flexibilisierungsinstrument im Personalmanagement, beispielsweise um Auftragspitzen oder -dellen abzufedern. Die Umsätze in der Zeitarbeitsbranche dürften im Jahresdurchschnitt 2013 aufgrund der schwachen Dynamik in der deutschen Wirtschaft leicht zurückgehen. Da die Branche frühzeitig auf Änderungen im konjunkturellen Umfeld reagiert, werden die Unternehmen von dem gesamtwirtschaftlichen Konjunkturaufschwung im nächsten Jahr (2014) rasch profitieren und ihre Umsätze wieder steigern, sofern von der Politik nicht zu große Hindernisse in den Weg gestellt werden.

Architektur- und Ingenieurbüros

Die lebhaftere Baukonjunktur beflügelt weiterhin die Umsatzentwicklung der Architektur- und Ingenieurbüros. Die realen Bauinvestitionen werden, nach einem Rückgang von 1,4% 2012, im laufenden Jahr stagnieren und im nächsten (2014) wieder deutlich steigen. Insbesondere der Wohnungsbau, der seit 2010 eine deutliche Belebung zeigt, beweist sich als solider Impulsgeber. Nach der amtlichen Statistik wurden im Jahre 2012 rund 200 000 Wohnungen in Deutschland neu fertiggestellt; in diesem Jahr dürfte diese Zahl weiter auf

Abb. 36

Vergleich des Geschäftsklimas: Vermittlung/Überlassung von Arbeitskräften und Dienstleistungen

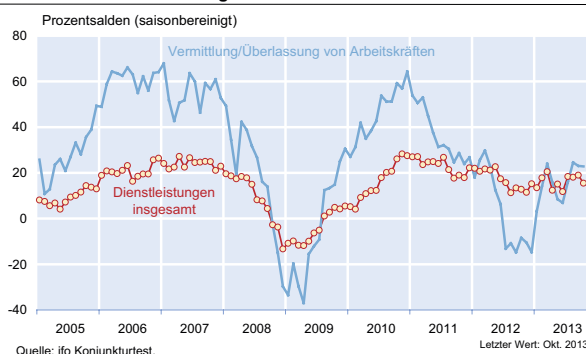
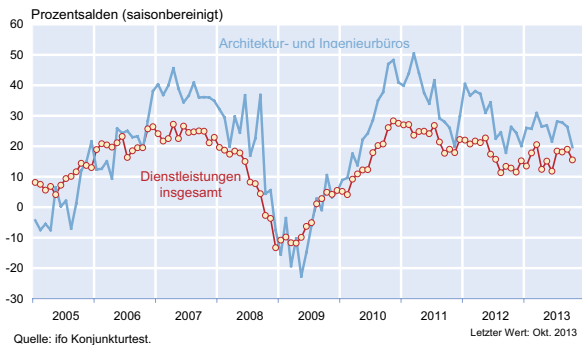


Abb. 37
Vergleich des Geschäftsklimas: Architektur- und Ingenieurbüros und Dienstleistungen



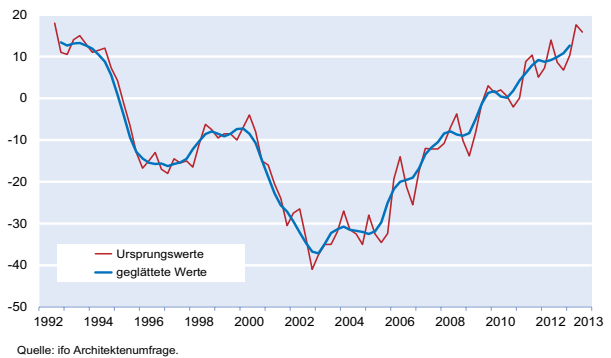
rund 233 000 steigen und auch im nächsten Jahr weiter expandieren.

Von der lebhaften Baukonjunktur, die im Prognosezeitraum eine breitere Basis erhalten dürfte, da Konjunkturimpulse nicht mehr fast ausschließlich aus dem Wohnungsbau, sondern auch aus dem gewerblichen Bau und dem öffentlichen Bau zu erwarten sind, werden weiterhin zwar vor allem die Architekten profitieren, zunehmend aber auch die Ingenieurbüros. Das Geschäftsklima der freischaffenden Architekten ist – trotz zuletzt leichter Abkühlung – fast so positiv wie zu Zeiten des Baubooms nach der Wende. Das Umsatzwachstum im Bereich Architekten- und Ingenieurbüros im Prognosezeitraum 2013 bis 2015 dürfte sich auf durchschnittlich ca. 7% p.a. belaufen.

Technisch physikalische und chemische Untersuchungen

Die Technikdienstleister in der Fachgruppe technische, physikalische und chemische Forschungseinrichtungen zeigen

Abb. 38
Geschäftsklima bei den freischaffenden Architekten



nur eine geringe Konjunktorempfindlichkeit. Nach der Regressions-schätzung dürfte der Umsatzzuwachs im Prognosezeitraum 2013–2015 jährlich bei rd. 5% liegen.

Vermietung beweglicher Sachen

Im Wirtschaftszweig Vermietung beweglicher Sachen gab es nach der letztverfügbaren Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamts im Jahr 2011 rund 26 000 Unternehmen mit einem Umsatz von rd. 39,8 Mrd. Euro (ohne MwSt). Dies entspricht einem nominalen Umsatzplus gegenüber dem Vorjahr von 3,9%. 2012 wirkte sich die konjunkturelle Abschwächung auch auf die Vermietbranche aus, sodass sich der Umsatzzuwachs 2012 auf ca. 2% halbierte. Im laufenden Jahr dürfte das nominale Umsatzwachstum mit rund 2,5% nur leicht darüber liegen; 2014 und 2015 ist jedoch wieder mit Zuwachsraten beim Umsatz zwischen jeweils 4 und 5% zu rechnen.

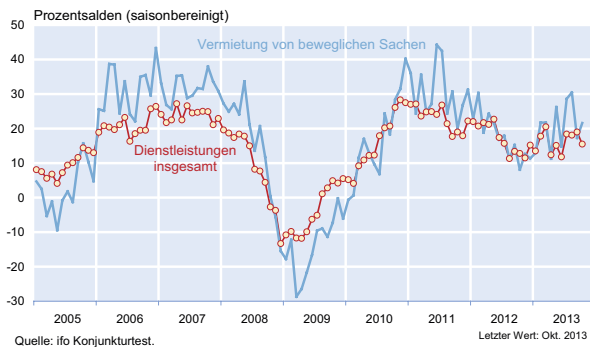
Die *Vermieter von Maschinen und Ausrüstungen* sind mit einem Umsatz von 18,3 Mrd. Euro und rund 14 900 Unter-

Tab. 6
Ausgewählte Dienstleistungsbranchen
 Regressions-schätzungen (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

Branchen	Umsatz (nominal)				Beschäftigtenzahl			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Güterbeförderung im Straßenverkehr	2,4	0,7	2,9	3,5	1,7	1,6	3,1	3,8
Luftfahrt	2,3	0,9	3,6	4,4	2,6	1,5	3,9	4,8
Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1,6	2,1	4,0	4,9	2,8	- 1,7	2,0	2,4
Post-, Kurier- und Expressdienste	0,8	0,1	1,9	2,4	1,7	- 0,7	0,4	0,5
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	3,5	2,5	3,2	3,1	1,2	- 0,3	0,5	0,5
Public-Relations- und Unternehmensberatung	1,3	8,0	7,0	6,5	4,8	4,1	4,5	4,3
Architektur- und Ingenieurbüros	4,2	4,4	5,9	5,6	4,9	2,4	4,7	4,5
Technische, physikalische und chemische Untersuchungen	2,4	6,0	6,0	5,6	4,1	3,7	4,3	4,1
Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	8,0	6,1	12,8	9,7	7,0	3,0	5,5	5,2
Catering	2,7	2,9	2,0	2,7	0,8	1,5	1,1	1,4

Quelle: Schätzungen des ifo Instituts.

Abb. 39

Vergleich des Geschäftsklimas: Vermietung von beweglichen Sachen und Dienstleistungen

nehmen das größte Segment in der Branche. Sie mussten 2012 und Anfang 2013 zwar eine deutliche Dämpfung des Umsatzwachstums hinnehmen, jedoch weniger als die Verkäufer von Investitionsgütern. Erfahrungsgemäß ist das Vermietsegment von konjunkturellen Abschwüngen weniger stark betroffen. Unsicherheiten im Hinblick auf die künftige Geschäftsentwicklung veranlassen in der Regel viele Unternehmen dazu, bei den Investitionen kürzer zu treten und stattdessen stärker auf die Miete von Wirtschaftsgütern zu setzen. Mit der erwarteten Belebung der Investitionskonjunktur 2014/15 ist auch im Segment »Vermietung von Maschinen und Ausrüstungen« in den nächsten zwei Jahren mit einem deutlichen Anziehen der Nachfrage zu rechnen.

In dem Segment *Autovermietung* belief sich das Umsatzvolumen nach der Umsatzsteuerstatistik für 2011 auf 16,1 Mrd. Euro, erwirtschaftet von rund 6 000 Unternehmen. Die Geschäftsentwicklung der Autovermieter wies 2012 und im ersten Halbjahr 2013 bei gedämpfter Konjunktur wenig Dynamik auf. Gleichwohl dürfte 2013 – ebenso wie im Vorjahr – ein leichtes nominales Umsatzwachstum vorliegen. 2014 und 2015 wird mit dem erwarteten Konjunkturaufschwung auch das Autovermietgeschäft wieder mehr in die Gänge kommen. Die Branche verspricht sich viel von den neuen Carsharing-Modellen, auch wenn hier wegen der üblichen Anlaufverluste in der Investitionsphase die Erträge noch überwiegend negativ sein werden. Zu diesem Thema referierte *Frank Woesthoff*, Geschäftsführer Euromobil Autovermietung GmbH, Isernhagen. Sein Referat lässt sich thesenartig folgendermaßen zusammenfassen:

- Im Mobilitätsbereich sind Finanzdienstleistungen nicht wegen der Bankenkrise, sondern aufgrund der Kundenerwartungen nur noch markt- und wachstumsfähig, wenn sie durch ein adäquates Netz von technischen und administrativen Dienstleistungen begleitet werden. Das gilt inzwischen für viele hochinvestive Technologiebranchen.
- Im Mobilitätsbereich zeichnet es sich ab, dass die Finanzdienstleistung für manche Kundengruppen gar nicht mehr im Vordergrund steht, sondern nur noch die mietweise Nutzung auf Zeit.

- Dadurch entsteht aufgrund der Komplexität von logistischen Vorgängen wiederum die Nachfrage nach Services zur Informationsverarbeitung, die die Faktoren Zeit und Raum möglichst transparent und beherrschbar machen.
- Gleichzeitig zeigen sich im B2C-Bereich die Grenzen dieser Bestrebungen, beispielsweise durch Datenschutzdiskussionen, die an die ganz wesentlichen mentalen und emotionalen Strukturen der Gesellschaft und der Individuen rührt. Am Beispiel des Themas Pkw-Mobilität lassen sich diese Effekte bestens beobachten, vieles davon ist auch in andere Branchen und Praxisbereiche übertragbar.

In einigen Randgebieten der Branche, wie *Videotheken*, sind strukturell bedingt deutliche Rückgänge zu beobachten. Im Jahr 2011 verfügte dieses Segment noch über 2 460 Videotheken, das sind über 40% weniger als im Jahre 2000. Der Umsatz belief sich zuletzt nur noch auf 230 Mill. Euro.

Facility Management

Diese heterogene Branche profitiert in besonderem Maße von dem immer noch stark ausgeprägten Trend zum Outsourcen. Für 2013 und die Folgejahre 2014/15 kann von einem anhaltenden Umsatzanstieg in der Größenordnung von 5% p.a. ausgegangen werden. Der Trend bei den Facility Services geht in Richtung Komplett- oder Systemleistungen, wovon vor allem Großkonzerne profitieren dürften. Kleinere Betriebe können als Subunternehmer überleben oder sich – auch in Kooperation – regionale und/oder fachliche Nischen sichern.

Facility Management beinhaltet, dem Namen entsprechend, alle Aktivitätsfelder, die helfen, die Kerngeschäfte von Unternehmen und Organisationen, also deren Primärprozesse, möglichst effektiv und kostengünstig abzuwickeln. Dazu gehören weniger anspruchsvolle Routinetätigkeiten wie Reinigung, Überwachung, Wartung, im Immobiliensektor zusammengefasst unter dem Begriff »Gebäudemanagement«. In steigendem Maße zählen aber auch externe Leistungen dazu, die durchaus anspruchsvoll sind, wie z.B. Fassadenreinigung.

Insgesamt beläuft sich der hierunter erfasste Umsatz – je nach Branchenabgrenzung – auf derzeit 53 bis 60 Mrd. Euro. Da die Nachfrage nach den unter Facility-Management subsumierten Leistungen nur schwach auf zyklische Schwankungen in der Gesamt-, bzw. in der Bau- und Immobilienwirtschaft reagiert, sondern stark von kontinuierlich anfallenden Aufgaben bestimmt wird, wird ein nahezu kontinuierliches Wachstum von ca. 5% pro Jahr erwartet. Facility-Management wird nicht zuletzt durch die Klima- und Energiedebatte weiter an Bedeutung gewinnen (Stichworte Energieberatung und Contracting). Auch der Healthcare-Markt wird aus mehreren Gründen ein wesentlicher Zukunftsmarkt der FM-Dienstleister sein; neben Standardleis-

tungen wie Reinigung, Sicherheit, Pfortendienste, Gartenpflege können hierzu auch Catering mit spezieller Krankenhauskost und auch Spezialreinigung von OP-Sälen und medizintechnischem Gerät gehören.

Konsumorientierte Dienstleistungen

Was die eher konsumorientierten Dienstleistungssparten anbelangt, wird sich der nach oben gerichtete Umsatztrend angesichts der positiven Perspektiven für den privaten Verbrauch im Prognosezeitraum fortsetzen. Exemplarisch soll hier kurz auf das Gastgewerbe eingegangen werden.

Gastgewerbe

Im *Gastgewerbe* (Gaststätten und Beherbergung) verlief das Jahr 2013 bisher uneinheitlich. Während die *Gastronomie* in laufenden Preisen leichte Zuwächse erzielen konnte, hatte nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes das *Beherbergungsgewerbe* in Deutschland von Januar bis Juli 2013 leichte Umsatzeinbußen von nominal – 0,2% (real: – 2,2%) gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zu verkräften. Insgesamt hat sich die Stimmung bei den Unternehmen im Gastgewerbe gegenüber dem Vorjahr etwas eingetrübt. Dabei kann der Deutschlandtourismus 2013 durchaus über weiteres Wachstum berichten. Die Zahl der Gästeübernachtungen hat im Achtmonatszeitraum von Januar bis August erneut zugelegt (+ 1%) und die Zahl von Besuchern aus dem Ausland nahm sogar ein weiteres Mal (+ 4%) stärker zu als die von inländischen Gästen.

Allgemein wird für das zweite Halbjahr 2013 von einer vergleichsweise günstigeren Entwicklung ausgegangen. Grundsätzlich positiv für die Branche wirkt sich 2013 das anhaltend freundliche Konsumklima aus. So führt die wachsende Kauflaune bei den Verbrauchern in Deutschland u. a. tendenziell auch dazu, dass sie sich wieder mehr Restaurant- und Gasthausbesuche leisten. Tendenziell nachfragedämpfend wirken sich andererseits wiederum die durch die gestiegenen Lebensmittelpreise induzierten Preiserhöhungen in der Gastronomie aus.

Am besten aufgestellt ist Deutschland seit Jahren im Sektor *Kongress- und Tagungswesen/Geschäftsreisen (MICE = Meetings, Incentives, Kongresse und Events)*. Auf die Fortsetzung der Erfolge in den Bereichen MICE und Städtetourismus, insbesondere mit Kultur-Kurzurlauben, konzentrieren sich entsprechend die Hoffnungen für die Wachstumsperspektiven der Branche auch 2014 sowie 2015. Insgesamt stehen die Zeichen gut, dass sowohl die Hotellerie als auch die Gastronomie voll an der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung 2014/15 teilhaben werden, wobei das Wachstum sich mehr in einer Qualitätsverbesserung als in einer rein mengenmäßigen Zunahme bei Übernachtungen bzw. Abgabe von Speisen und Getränken niederschlagen wird.

Das Schlussreferat hielt Günther Oettinger, der EU-Kommissar für Energie, zum Thema: »Der Weg zur Sicherung unserer Zukunft: Eine europäische Energiestrategie«.

Der Weg zur Sicherung unserer Zukunft: Eine europäische Energiestrategie

Günther H. Oettinger, EU-Kommissar für Energie

Energie ist das Lebenselixier unserer Wirtschaft. Unser Lebensstil ist ohne eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung – Elektrizität, Heizung, Kraftstoff – nicht denkbar. Noch nie hat die Welt so viel Energie gebraucht: unser Verbrauch ist heute beinahe doppelt so hoch wie 1980. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, ist eine größere Energiekrise mit Stromausfällen und Engpässen bei der Benzin- und Erdgasversorgung kaum noch zu vermeiden.

Wir können es uns nicht leisten, einfach abzuwarten

Die Energiefrage ist eine der größten Herausforderungen, denen sich Europa stellen muss. Wir müssen handeln, um die globale Erwärmung zu verhindern. Gleichzeitig brauchen wir erschwingliche Energiepreise, da unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit in hohem Maße von wettbewerbsfähigen Energiepreisen und einer zuverlässigen Energieversorgung abhängt. Auch die wachsende Abhängigkeit der EU von Einfuhren aus Drittländern gibt großen Anlass zur Sorge, insbesondere in Bezug auf Erdöl (85%) und Erdgas (65%). Alle diese Herausforderungen, denen wir nicht ausweichen können, erfordern entschlossenes Handeln.

Eine neue Strategie für das nächste Jahrzehnt

Nationale Politiken reichen nicht mehr aus, um einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung zu ermöglichen und unseren Wohlstand zu wahren. Jede Entscheidung, die in einem Mitgliedstaat getroffen wird, hat Auswirkungen für die anderen. Fragmentierte Märkte untergraben die Versorgungssicherheit und schränken die Vorteile eines fairen Wettbewerbs ein; unsere Investitionen für die Zukunft sind jedoch nur lohnend und effizient in einem Markt, der den ganzen Kontinent umfasst. Wir müssen zu einer gemeinsamen Energiepolitik finden, die unseren gemeinsamen politischen Zielen dient: Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit.

Ein Beispiel für die Notwendigkeit, international zu denken, ist die Gasversorgung. Viele Mitgliedstaaten hängen von Gasimporten aus Russland ab. Wir sind uns alle darin einig, dass eine Diversifizierung unserer Gasversorgung für die Bürger und Unternehmen in der gesamten EU von Vorteil sein wird, und wir arbeiten darauf hin, neues, zusätzliches Erdgas aus dem kaspischen Raum in die EU zu bringen. In

den letzten Jahren hat die EU-Kommission fortlaufend Gespräche mit Regierungen und Unternehmen gleichermaßen geführt, um sie davon zu überzeugen, Gas aus dieser Region nach Europa zu liefern. Im Juni werden diese europäischen Anstrengungen schließlich Früchte tragen. In Aserbaidschan wird die endgültige Entscheidung darüber getroffen werden, wie viel Gas nach Europa geliefert wird und welches Pipeline-Projekt den Zuschlag für die erstmalige direkte Lieferung von Gas aus Aserbaidschan in die EU erhält.

Ganz allgemein sehe ich für Maßnahmen zum Nutzen aller Mitgliedstaaten und Bürger fünf Schwerpunktbereiche.

Fokussierung auf Energieeinsparungen

Zunächst gibt es ein riesiges ungenutztes Potenzial für Energieeinsparungen – wenn man hier ansetzt, könnten Bürger und Unternehmen gleichermaßen Geld sparen. Angesichts der Verpflichtungen, unsere Emissionen drastisch zu senken und das Ziel einer Steigerung der Energieeffizienz um 20% bis 2020 zu erreichen, lassen sich durch Maßnahmen zur Senkung des Energiebedarfs am wirkungsvollsten unmittelbare Auswirkungen für Energieeinsparungen, mehr Wirtschaftlichkeit und die Aufrechterhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit erzielen. Hierzu hat die EU eine neue Energieeffizienzrichtlinie erlassen, nach der die Mitgliedstaaten verbindliche Maßnahmen umsetzen müssen. Dazu gehören u.a. ein System, das die Energieunternehmen dazu verpflichtet, den Energieverbrauch der Kunden zu senken, und die Vorgabe, dass die Mitgliedstaaten jährlich 3% der Gebäude der Zentralregierung renovieren müssen. In ihr sind auch Maßnahmen vorgesehen, um KMU für Energieaudits zu gewinnen. Für große Unternehmen enthält sie die Verpflichtung, ihre Energieeinsparmöglichkeiten zu prüfen.

Ein stark integrierter europäischer Energiebinnenmarkt

Wir sollten Hemmnisse, die die Energieströme innerhalb der EU behindern, nicht mehr länger hinnehmen. Nationale Grenzen können die Vorteile des Binnenmarktes, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und die Deckung der grundlegenden Bedürfnisse aller unserer Bürger gefährden. In einem integrierten Markt müssen fairer Wettbewerb, Dienstleistungsqualität und freier Zugang gewährleistet sein. Die Rechtsvorschriften der EU müssen vollständig und ordnungsgemäß angewendet werden. Eine wesentliche Voraussetzung ist jedoch eine angemessene Infrastruktur. Es ist an der Zeit, eine paneuropäische Infrastruktur für Energie zu schaffen, wie sie für andere Bereiche von öffentlichem Interesse wie Telekommunikation oder Verkehr schon lange besteht: Bis 2015 sollte kein Mitgliedstaat mehr vom europäischen Energiebinnenmarkt ausgeschlossen sein. Dies bedeutet, dass wir unsere Anstrengungen

auf konkrete Projekte konzentrieren müssen, die erforderlich sind, um unsere Ziele zu erreichen: Solidarität, ein verbundener Markt, neue Stromkapazitäten, ein »intelligentes Netz« und die Erzeugung erneuerbarer Energie, die allen Menschen zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht, in großem Maßstab. Ein europäischer Energiebinnenmarkt wird auch die Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energien verbessern, da in ihm ein im sonnigen Süden erzeugter Stromüberschuss für die Versorgung von Haushalten in Nordeuropa in Schwachwindzeiten genutzt werden kann oder umgekehrt der an windstarken Tagen im Norden erzeugte Stromüberschuss in Südeuropa verwendet werden kann, wenn dort der Himmel bedeckt ist.

Der Bürger an erster Stelle

Bei diesen Anstrengungen sollten immer die Auswirkungen für die Bürger im Mittelpunkt stehen. Die Verbraucher sollten eine größere Auswahl haben und neue Möglichkeiten nutzen. Die Energiepolitik muss verbraucherfreundlicher werden, und dazu bedarf es größerer Transparenz und besserer Information. Ich würde mir wünschen, dass alle Instrumente, beispielsweise die Checkliste für Energieverbraucher, verbessert und in größerem Umfang angewendet werden. Dazu gehört auch, dass das Recht aller Verbraucher auf Deckung ihres grundlegenden Energiebedarfs jederzeit, auch bei Versorgungsengpässen, gewährleistet ist.

Ziele der Energiepolitik der EU sind außerdem größere Transparenz, Zugang zu besserer und umfangreicherer Information, Verbesserung der Funktionsweise des Endkundenmarktes, Entwicklung einer angemessenen Infrastruktur und Sicherheitsnetze für besonders schutzbedürftige Verbrauchergruppen. Außerdem gibt es konstante Bemühungen, die Energieerzeugung und -umwandlung in jeder Hinsicht sicher zu machen. Die EU stellt heute einen entscheidenden zusätzlichen Nutzen für alle Bürger dar, denn sie gewährleistet, dass in allen Mitgliedstaaten die höchsten Standards für die nukleare Sicherheit und die Sicherheitsüberwachung, die Offshore-Ölförderung und -Gasgewinnung oder die Entwicklung neuer Energietechnologien gelten. Dies ist der Weg, den wir weitergehen müssen, und wir müssen weiterhin wachsam sein.

Den Technologiewandel vorbereiten

Wir müssen die Führungsrolle Europas in der Energietechnologie festigen und ausbauen. Ich möchte einen europäischen Referenzrahmen entwickeln, in dem die Mitgliedstaaten und Regionen ihre Anstrengungen maximieren können, solche Technologien schneller auf den Markt zu bringen. Europa verfügt über einige der besten Hersteller und Forschungseinrichtungen im Bereich der erneuerbaren Energien: Diese Führung dürfen wir nicht abgeben. Über die Umsetzung des Strategieplans für Energietechnologie

hinaus haben wir bereits einige Großprojekte mit einem deutlichen zusätzlichen Nutzen für Europa auf den Weg gebracht:

- Intelligente Netze, die den Verbund des gesamten Stromnetzes bis hin zu den einzelnen Haushalten herstellen und einen besseren Zugang zu erneuerbaren Energiequellen schaffen.
- Die Innovationspartnerschaft »Intelligente Städte«, die integrierte Energiesysteme auf lokaler Ebene in ganz Europa fördern und Energieeinsparungen erleichtern soll.

Ausbau der Führungsposition der EU in der Welt

Die EU sollte ein bevorzugter Partner für Verhandlungen auf internationaler Ebene sein. Die derzeitige Situation, in der externe Partner »teilen und herrschen« können, ist unhaltbar. Die EU verfügt über den größten regionalen Energiemarkt weltweit – einen Markt mit 500 Mill. Menschen. Auf diesen Markt entfällt ein Fünftel des globalen Energieverbrauchs. Wir importieren täglich durchschnittlich rund 3 Millionen Tonnen Rohöleinheiten. Außerdem ist die EU auch der größte Handelsblock der Welt. Wir müssen unser geopolitisches Gewicht in der Welt geltend machen und die Vorteile des Binnenmarktes nutzen. Jedes Mal, wenn die EU mit einer Stimme gesprochen hat, beispielsweise im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit im Nuklearbereich, konnten Ergebnisse erzielt werden. Die Integration der Energiemärkte, in die unsere Nachbarn einbezogen werden, ist eine absolute Notwendigkeit und trägt sowohl zu unserer als auch zu ihrer Sicherheit bei. Unsere internationalen Beziehungen müssen aber noch weiter greifen und sollten darauf ausgerichtet sein, strategische Partnerschaften mit wichtigen Partnern zu schließen. Eine gemeinsame europäische Politik stärkt unsere Position in schwierigen Verhandlungen und sichert unsere internationale Führungsposition.

Zeit zu handeln

In diesem Jahr steht die Debatte über unsere Energie- und Klimaziele für 2030 an. Wir werden entscheiden, ob wir, wie bereits für das Jahr 2020, drei Ziele festlegen (Verringerung der CO₂-Emissionen, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien und Verbesserung der Energieeffizienz) oder nur eines oder zwei, und ob sie rechtsverbindlich sein sollten oder nicht. Diese Entscheidungen müssen wir dieses Jahr treffen, damit sich die Mitgliedstaaten darauf vorbereiten können und Investoren in der Industrie Rechtssicherheit haben. Wie Jean Monnet sagte: »Ohne Vision sind die Völker dem Untergang geweiht«. Unsere Generation muss die Gelegenheit nutzen, diese strategische Vision wahr werden zu lassen.